

Bernd Greiner ■ Rebecca Lowen ■ David C. Engerman ■ John Krige ■ Alexei Kojewnikow
■ Wladislaw M. Subok ■ Peter C. Caldwell ■ Hunter Heyck ■ Michael A. Bernstein ■ Rüdiger
Graf ■ Andreas Wirsching ■ Mario Keßler ■ Paul Erickson ■ Ron Robin ■ Philip Rocco
■ Kenneth Osgood ■ Sönke Kunkel ■ Moritz Feichtinger ■ Slawa Gerowitsch ■ Constantin
Katsakioris ■ Holger Nehring ■ Fred Turner ■ Doug Rossinow ■ Perrin Selcer ■ Michael D.
Gordin ■ Stephen V. Bittner

Bernd Greiner / Tim B. Müller / Claudia Weber (Hg.)

Macht und Geist im Kalten Krieg



Hamburger
Edition
Institut für
Sovietologie
und Osteuropakunde

Bernd Greiner/Tim B. Müller/Claudia Weber (Hg.)

Macht und Geist im Kalten Krieg

Studien zum Kalten Krieg
Band 5

Hamburger Edition

Der Beitrag »Fred Turner, Gegenkulturelle Ästhetik? Sozialtechnologien und die Expo '70«, S. 437–458, darf aus lizenzrechtlichen Gründen in diesem E-Book nicht wiedergeben werden.

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.Hamburger-Edition.de

© E-Book 2011 by Hamburger Edition
E-Book-Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde
ISBN 978-3-86854-531-9

© der Printausgabe 2011 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-237-0
Redaktion: Jörg Später
Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Typografie und Herstellung: Jan und Elke Enns
Satz aus der Sabon von Dörlemann Satz, Lemförde

Inhalt

BERND GREINER Macht und Geist im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick	7
Mobilisierung und Selbstmobilisierung	
REBECCA LOWEN Zur Verflechtung von Politik und Universitäten in den USA	31
DAVID C. ENGERMAN Die Ursprünge der amerikanischen Sowjetologie im Zweiten Weltkrieg	50
JOHN KRIGE Die Führungsrolle der USA und die transnationale Koproduktion von Wissen	68
ALEXEI KOJEWNIKOW Die Mobilmachung der sowjetischen Wissenschaft	87
WLADISLAW M. SUBOK Sowjetische Westexperten	108
PETER C. CALDWELL Sozialistische Wirtschaftslehre: Zur Planung und Kontrolle einer Disziplin	136
Zwischen Modernisierung und Weltuntergang	
HUNTER HEYCK Die Moderne in der amerikanischen Sozialwissenschaft	159
MICHAEL A. BERNSTEIN Die Transformation der amerikanischen Wirtschaftswissenschaft	180
RÜDIGER GRAF Das »Petroknowledge« des Kalten Krieges	201
ANDREAS WIRSCHING Bildung als Wettbewerbsstrategie	223
MARIO KESSLER Zur Futurologie von Ossip K. Flechtheim	239

PAUL ERICKSON	
Eine Neubewertung der Spieltheorie	258
RON ROBIN	
Gleichgewicht des Schreckens oder des Irrtums?	276
Produktion und Anwendung von Wissen	
PHILIP ROCCO	
Wissensproduktion in der RAND Corporation	301
KENNETH OSGOOD	
Propaganda und psychologische Kriegführung auf Amerikanisch	321
SÖNKE KUNDEL	
Amerikanischer Wissenstransfer im Nigeria der frühen 1960er Jahre	341
MORITZ FEICHTINGER	
Modernisierung als Waffe	359
SLAWA GEROWITSCH	
Kyberkratie oder Kyberbürokratie in der Sowjetunion	376
CONSTANTIN KATSAKIORIS	
Sowjetische Bildungsförderung für afrikanische und asiatische Länder	396
Wege aus der Gefahr?	
HOLGER NEHRING*	
Frieden durch Friedensforschung?	417
FRED TURNER**	
Gegenkulturelle Ästhetik? Sozialtechnologien und die Expo '70	437
DOUG ROSSINOW	
Konservativer und rechter Dissens in den USA	458
PERRIN SELCER	
UNESCO, Weltbürgerschaft und Kalter Krieg	476
MICHAEL D. GORDIN	
»True GRIT«: Rationalität, nukleare Abrüstung und Semantik	497
STEPHEN V. BITTNER	
Die sowjetische Dissidenz und Intelligenzija	517
Zu den Autorinnen und Autoren	537

* Der Text S. 417–436 wird in der E-Book-Ausgabe nicht wiedergegeben.

** Aus lizenzrechtlichen Gründen darf der Text S. 437–458 in der E-Book-Ausgabe nicht wiedergegeben werden.

Bernd Greiner
Macht und Geist im Kalten Krieg.
Bilanz und Ausblick

»Die Labore Amerikas sind heutzutage unsere erste Verteidigungslinie.«
Kriegsminister Robert Patterson im Oktober 1945

»Der Kampf um die Köpfe der Menschen ist als eine neue Dimension der internationalen Politik zu begreifen, die zu den traditionellen Dimensionen von Diplomatie und Krieg hinzutritt.«
Hans Morgenthau

»Nur ein Soziologe, der die historische Methode verwendet, kann Berater des Fürsten werden.«
Raymond Aron

Standen Ökonomen, Soziologen, Verhaltensforscher und Kybernetiker zu irgendeiner anderen Zeit derart hoch im Kurs? Was kommt auch nur in Rufweite jener Hymne, die Anfang April 1967 im *Spiegel* zu lesen war? »Die Jahresproduktion [amerikanischer] ›Denkfabriken‹ besteht nur in einigen dünnleibigen Bänden Schreibmaschinen-Skript. Gleichwohl haben sie Amerikas Wirtschaft und Politik in den letzten Jahren entscheidender beeinflusst als Generationen von Militärs und Wirtschaftsführern je zuvor.« Vom Innenleben der RAND Corporation – »der ersten und eine der größten amerikanischen Nachdenkfabriken« – waren die Hamburger Journalisten erst recht angetan und zitierten ausführlich ihren amerikanischen Kollegen Arthur Herzog: In den Fabriken ohne Fließbänder und Schlote »hört man buchstäblich die Gehirne surren. Es wirkt alles eher unorganisiert und lässig – die Mädchen gehen in Pullover und Strandsandalen, die Männer in kurzärmeligen Hemden oder in Jacketts, bei denen die Ellenbogen mit Lederherzen geflickt sind. Die großen schwarzen Wandtafeln sind voll von urtümlichen Krakeln; man sieht, dass hier jemand nachgedacht hat. Aber die meiste Zeit scheinen die Leute miteinander zu reden, endlos. Sobald jemand in seinem Gehirn etwas ausgekocht hat und es den anderen mitteilen möchte, beruft er ein Seminar ein.« Fazit des

Spiegel: Nichts als Superlative verdienten die »Mädchen in Strandsandalen« und die »IQ-starken Zivilisten [mit] der eiskalten Logik«: »In den USA [können] kein Ministerium und kein Regierungschef mehr auf die Beratung durch wissenschaftlich geschulte Analytiker verzichten.«¹

Den Aufmacher zur publizistischen Imagepflege von RAND hatte *Life Magazine* neun Jahre früher mit einer reich illustrierten Reportage gedruckt. Der Textteil war im Grunde nur zur typografischen Einbettung von 17 meist großformatigen Schwarz-Weiß-Fotos geschrieben worden, von denen einige noch heute als Poster angeboten werden: Ein Wissenschaftler – mit Hornbrille, Fliege, Hosenträgern über weißem Hemd – fixiert mit durchdringendem Blick das Holzmodell eines futuristischen Flugzeugs; ein anderer bläst Ringe von Zigarettenrauch auf eine Schiefertafel, als wollte er die unter allerlei Formeln platzierte Kreidezeichnung eines Atompilzes zum Tanzen bringen oder die Aufmerksamkeit des Kollegen bannen, der sich an die Tafel lehnt, Zigarette in der einen, Milchtüte mit Strohalm in der anderen Hand; Anna Elisabeth (»Nancy«) Nimitz, Tochter des Admirals und ehemaligen Oberkommandierenden der Marine Chester W. Nimitz, studiert derweil in einem Nebenzimmer die *Prawda*, im Hintergrund ein großzügiges Fensterband, das einen ersten Eindruck von der besonderen Architektur des RAND-Gebäudes vermittelt. Wie auf der nächsten Seite anhand einer Luftaufnahme zu sehen, übersetzten die Architekten die Idee eines Instituts mit flachen Hierarchien und permanent kommunizierenden Mitarbeitern in eine von Licht durchflutete Anlage aus vier Rechtecken und einem mittleren Riegel, der den Innenhof in acht geräumige Parzellen teilt. Darunter ein Porträt des Medienstars von RAND: den Blick gesenkt, die Hände nach Art eines buddhistischen Mönchs senkrecht und fast auf Augenhöhe zum Gebet zusammengeführt. »Andächtiger Analyst«, heißt es in der Bildunterschrift: »Herman Kahn nimmt eine meditative Haltung an im sorgenvollen Nachdenken über ein kompliziertes Problem, das mit der Verteidigung gegen einen atomaren Angriff zu tun hat.«

Vom drohenden Krieg handeln auch die folgenden Fotos aus *Life Magazine*: Zwei RAND-Ingenieure erklimmen, selbstverständlich in Anzug und Krawatte, mit Hilfe von Strickleitern und Förderkapseln die Spitze eines Ölbohrturms vor der kalifornischen Küste und prüfen dessen Eignung als Plattform für Raketenstarts. Am nahen Strand von Santa Monica ist das Modell einer Sonde zu sehen, die zur Datensammlung auf der Oberfläche des Mondes entwickelt worden war und von ihrem Erfinder

1 Strategie: Duell im Dunkel, in: *Der Spiegel*, 15, 3. 4. 1967, S. 123–140, hier S. 124, 126.

erstmalig der Öffentlichkeit präsentiert wird. Egal, wen sie vorstellen, von der Souveränität, Kompetenz und Gelassenheit ihrer Protagonisten handeln die Bilder allesamt. Den Schlusspunkt setzt ein einseitiges »after work«-Szenario in der Wohnung von Albert Wohlstetter, Leiter der Abteilung »Kriegsanalyse« bei RAND: Selbstverständlich gehen die Diskussionen nach Feierabend weiter, in diesem Fall über eine Studie zur wirtschaftlichen Erholung der USA nach einem mit allen verfügbaren Atomwaffen geführten Krieg. Von Designern der Hochmoderne stammt das Inventar, abgesehen von einem riesigen, unter der Decke befestigten Fisch aus Holz, den man sich bei indianischen Beschwörungsriten ebenso gut vorstellen kann wie beim Mardi Gras in New Orleans. Raumfüllend aber ist eine Gruppe von fünf Herren in ihren jungen Jahren, die sich im Vordergrund lümmeln, mit weit ausgestreckten Beinen und auf einem Designerstuhl der Hausherr, die Gäste auf einem weißen Flauschteppich halb sitzend, halb liegend um ihn herum. Selbstbewusste Politikberater auch sie, Männer, denen man bedenkenlos die Zukunft anvertrauen kann, weil sie entspannt ihrer Aufgabe nachgehen und offenkundig wissen, was sie tun.²

Willkommen in einer versunkenen Welt des Kalten Krieges, im goldenen Zeitalter der Wissenschaften. Der Westen hatte neben den stillen Stars aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften die ersten Experten mit Kultstatus hervorgebracht – Atomphysiker und vor allem jene Spezies, die sich selbst *defense intellectuals* nannte und von ihren Kritikern *megadeath intellectuals* gescholten wurde, Vordenker des millionenfachen Todes. Obwohl die sowjetischen Medien und Öffentlichkeit unterschiedlicher nicht hätten sein können, ist auch in der UdSSR eine beträchtliche Aufwertung des Sozialprestiges von Wissenschaftlern zu beobachten. Insbesondere Naturwissenschaftlern und Ingenieuren gewährte man nach 1945 Privilegien, die ansonsten der politischen und militärischen Nomenklatura vorbehalten waren. Wer in den Rang einer gleichberechtigten Großmacht aufsteigen wollte, so die Begründung, war auf die Motivation und das Engagement von Spezialisten angewiesen und musste sich mit ihrem Eigensinn arrangieren. Selbst Stalin zügelte seine Paranoia gegenüber den vermeintlich Unzuverlässigen und Unberechenbaren (Alexei Kojewnikow).

Was immer der Kalte Krieg also sonst noch war, er war nicht zuletzt ein Kampf der Ideen und eine Konfrontation antagonistischer Weltanschauungen. Jede Seite nahm für sich in Anspruch, die »letzte und beste Hoffnung«

2 Valuable Batch of Brains. An Odd Little Company Called RAND Plays Big Role in U.S. Defense, in: *Life*, 19, 11. 5. 1959, S. 101–107. Dass der Artikel namentlich nicht gezeichnet ist, nährt den Verdacht einer PR-Arbeit.

der Welt zur Befreiung von den Plagen des Krieges und des Nationalismus zu sein, formulierte einen Alleinvertretungsanspruch auf die Moderne und berief sich auf universalistische Werte: der Westen auf individuelle Freiheit, Rechtssicherheit und Wettbewerb, der Osten auf soziale Gerechtigkeit, Gemeinschaft und staatliche Lenkung. Die Eliten beider Lager, so der Historiker Odd Arne Westad, sahen Zeit und Zukunft als die stärksten Verbündeten, überzeugt, dass der Rest der Welt alsbald und aus freien Stücken ihrem Beispiel folgen würde.³ Die unwiderstehliche Überlegenheit des eigenen Gesellschaftssystems zu behaupten, ist das eine; den tatsächlichen Beweis anzutreten, etwas ganz anderes. Letzteres setzte voraus, auf Dauer attraktivere Güter und überlegene Lösungen für drängende Probleme anzubieten – nicht zuletzt für Abnehmer in der Dritten Welt, die den kürzesten Weg zur Befreiung aus kolonialer Abhängigkeit suchten. Deshalb ist in Ost und West, Nord wie Süd eine historisch beispiellose Mobilisierung von Wissen und Bildung zu beobachten. Ob Natur- oder Geisteswissenschaft, Philosophie oder Physik, jede Ressource hatte einen essenziellen Wettbewerbswert. Somit produzierten alle Beteiligten fortlaufend die geistige Munition, die den Kalten Krieg über 40 Jahre am Laufen hielt.

In welcher Weise und mit welchen Konsequenzen »Geisteslandschaften« umgestaltet wurden, ist folglich eine für die Gesellschaftsgeschichte dieser Epoche zentrale Frage. Es geht nicht allein um die Schaffung neuen Wissens, sondern auch um die Veränderung des Blicks auf Welt und Gesellschaft und in letzter Konsequenz um politisiertes Denken, das im Zwischenraum von Politik und Hochschule seinen Platz hatte. Gleichermäßen aufschlussreich ist der umgekehrte Prozess – wie das für die Zwecke des Kalten Krieges generierte Wissen auf seine Urheber zurückwirkte, Gesellschaften veränderte und internationale Beziehungen neu justierte. Darin nämlich liegt die Unberechenbarkeit von Ideen und Theorien – dass sie ihrerseits neue Themen- und Problemfelder definieren, denen sich die Politik *volens volens* zuwenden muss.

Mobilisierung und Selbstmobilisierung

In den USA waren und sind die Regierungen des Bundes, der Einzelstaaten, das Militär sowie private Stiftungen und Universitäten die Hauptakteure bei der Mobilisierung von Wissen. Rebecca Lowen spricht von

3 Odd Arne Westad, *The Cold War and the international history of the twentieth century*, in: Melvyn P. Leffler, Odd Arne Westad (Hg.), *The Cambridge History of the Cold War*, Vol. I: Origins, Cambridge 2010, S. 13.

einem extrem belastbaren Beziehungsgeflecht, das seit den 1930er Jahren durch gemeinsame Ziele und geteilte Gewinne zusammengehalten wurde. Unter dem doppelten Druck der Weltwirtschaftskrise und des heraufziehenden Krieges förderte der Staat Bildung und Wissenschaft in bis dato unerhörtem Umfang. Und das Presse- und Informationsamt der Regierung setzte zwei Begriffe mit unerwarteter Breitenwirkung in die Welt: »Dr. New Deal« und »Dr. Win-the-War«. Zwar warnten die Präsidenten vieler privater Colleges und Universitäten anfänglich vor einer Politisierung und lehnten Bundesmittel aus Sorge um die »Reinheit der Wissenschaft« ab. Aber im Laufe des Zweiten Weltkrieges konnten sie den Verlockungen nicht mehr widerstehen. Militärische Großprojekte – allen voran die Herstellung der Atombombe und die noch aufwendigere Entwicklung kriegstauglicher Radarsysteme – spülten nicht nur Steuergelder in die Universitätskassen. Auch große Konzerne gingen kostspielige akademische Partnerschaften ein und hofften, mit dem wissenschaftlichen Ertrag ihre Position auf dem umkämpften Rüstungsmarkt dauerhaft sichern zu können. Auf diese Weise entstanden Netzwerke von ausgeprägter Dezentralität und hoher Flexibilität, ein Gefüge, das im Laufe des Kalten Krieges gefestigt, dynamisiert und bis in die heute Zeit konserviert wurde. »Um eine Foucaultsche Metapher zu verwenden: Die Bundesgelder [...] flossen nicht durch eine Hauptarterie, sondern durch Hunderte von Kapillaren aus Washington an die Universitäten.« (Rebecca Lowen)

Dass der Staat sein Interesse an politisch wie militärisch verwertbarem Wissen weitgehend konfliktfrei durchsetzte, war nicht zuletzt einer Selbstmobilisierung der Privaten geschuldet. Mit gutem Grund ist von der Herausbildung eines »akademischen Unternehmertums« die Rede, von Atomphysikern, Mathematikern oder Chemikern, die um staatliche Fördermittel buhlten und ihre Dienste freiwillig der Regierung anboten – sei es aus Angst um die berufliche Zukunft, sei es zur Aufwertung ihrer Institute. Die Folgen für militärische Forschung und Entwicklung sind nicht hoch genug zu veranschlagen: Hatte das Pentagon ehemals für seine Ideen werben müssen, so konnte man fortan vom Wettbewerb der Ideengeber profitieren. Auch Sozialwissenschaftler suchten seit den 1940er Jahren die Kooperation mit dem Staat, sahen sie doch die Gelegenheit gekommen, politischen Einfluss oder gar Macht auszuüben. Zumal staatliche Stellen nicht müde wurden, die Theoriebedürftigkeit der Politik zu unterstreichen und um kompetente Beratung auf allen Gebieten zu bitten. Allein der Aufschwung der *area studies*, der zur Erforschung anderer Kontinente und Länder etablierten Regionalwissenschaften, oder die Nachfrage nach Ökonomen während des Zweiten Weltkrieges ließ auf eine goldene Zukunft geistes- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen schließen.

Von Karriere- und Statusinteressen abgesehen, hatte die Selbstmobilisierung darüber hinaus eine staatsbürgerliche Seite. In anderen Worten: Gemeinhin wird noch immer unterschätzt, wie sehr Wissenschaftler von der Notwendigkeit einer militärischen Übermacht Amerikas überzeugt waren und wie weit in ihren Reihen die »Geisteshaltung einer totalen intellektuellen Mobilmachung« Fuß gefasst hatte (David C. Engerman, Rebecca Lowen).

Dennoch kann von einer durchgängigen Militarisierung des amerikanischen Wissenschaftsbetriebs keine Rede sein. Wie David Engerman am Beispiel der *area studies* während des Zweiten Weltkrieges zeigt, legte der Staat bei der Rekrutierung von Forschergruppen großen Wert auf wissenschaftlichen und politischen Pluralismus. Universitäten wie Harvard, Columbia oder Stanford, frühe Zentren der Ostforschung, pochten erst recht auf ihre Selbständigkeit, obwohl sie in den frühen 1950er Jahre dem McCarthyismus Tribut zollten und ideologisch verdächtige Mitarbeiter auf die Straße setzten. Auch die im Laufe des Kalten Krieges substantiell erhöhten Bundesmittel können nicht als Indikatoren politischer Gängelung gelesen werden. Zumindest nicht im Falle der Geistes- und Sozialwissenschaften, die wegen eines eigentümlichen Finanzierungssystems im Grunde größere Freiheiten denn je genossen. Zum einen profitierten sie davon, dass überschüssige »overhead«-Gelder aus der Rüstungsforschung – ursprünglich für Ausstattung und Unterhalt von Waffenlaboren vorgesehen – ohne Auflagen umgewidmet werden durften. Zum anderen erlaubte diese Aufbesserung der Kassen eine bis dato beispiellose Breitenförderung zugunsten der nachwachsenden Generation und zu Lasten altingesessener Eliten und Spitzenuniversitäten. Ob beabsichtigt oder nicht, in jedem Fall führte der Kalte Krieg in den USA zu einer »Demokratisierung« der Wissenschaftsförderung (Michael A. Bernstein, Alexei Kojewnikow).

In der UdSSR wurden die institutionellen Grundlagen des modernen Wissenschaftssystems ebenfalls in den 1930er und 1940er Jahren gelegt. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg investierte man einen weit höheren Anteil des Nationaleinkommens in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung als die kapitalistische Konkurrenz. Im Unterschied zu den USA spielten jedoch nach 1941 Zukunftstechnologien zunächst keine Rolle: Statt mit Kernspaltung, Raketentechnik und Radar zu experimentieren, konzentrierte sich der Kreml auf die Massenproduktion kurzfristig benötigter Waffen. Spätestens im Juli 1945, als Stalin vom erfolgreichen Test einer Atombombe in der Wüste von New Mexico erfuhr, war klar, dass eine »Demobilisierung« der Universitäten und Labore nicht in Frage kam. Im Gegenteil: Das amerikanische Nuklearmonopol zu brechen, hatte

oberste Priorität, die dafür benötigten Investitionen blieben auf einem dauerhaft hohen Niveau.

Der Start des ersten künstlichen Satelliten am 4. Oktober 1957 wird gemeinhin als Beleg einer präzisen und weitblickenden Planung der UdSSR interpretiert. Zeitgenossen versetzte die Spekulation über sozialistische Wissensressourcen gar in Panik. Tatsächlich gaben, wie Alexei Kojewnikow zeigt, die Launen von Nikita Chruschtschow und eine Verkettung zufälliger Umstände den Ausschlag. Und die Dickköpfigkeit einiger Raketentechniker, die noch immer ihren Jugendträumen von der Eroberung des Weltraums nachgingen. Ihre mehr oder weniger in der Freizeit betriebenen Basteleien am »Sputnik« führten nur zum Ziel, weil der Parteichef sie für herausragende Planerfüllung beim Bau der Interkontinentalrakete R-7 belohnen wollte – und trotz großer Vorbehalte den Vorschlag billigte, mit dem Testflug einer R-7 auch einen Erdtrabanten in seine Umlaufbahn zu bringen. Wie es scheint, gibt dieses Beispiel viel beredter Auskunft über das Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik in der Sowjetunion als Statistiken, Fünfjahrespläne oder Forschungsdekrete.

Ausgerechnet die Kerndisziplin des »wissenschaftlichen Sozialismus« wurde in der UdSSR nicht »mobilisiert«: die Wirtschaftswissenschaften. Seit jeher hegten Parteifunktionäre Vorbehalte gegen Ökonomen, sahen in ihnen lästige Konkurrenten um politische Deutungsmacht und Kontrolle; Stalin befahl in den 1930er Jahren gar die Ermordung ökonomischer Freigeister am »linken« und »rechten« Rand der KPdSU (Wladislaw M. Subok). Um ihr Leben mussten sie nach 1945 nicht mehr fürchten. Weil aber der Führungsanspruch, genauer gesagt die Allwissenheit, der Partei unvermindert reklamiert wurden, durften Wirtschaftswissenschaftler bestenfalls als Multiplikatoren politischer Parolen und Propagandisten des Kalten Krieges in Erscheinung treten – Osteuropa eingeschlossen. Aus dem Geist der Unterwürfigkeit und der Gewöhnung an leere Abstraktionen konnten keine realitätsnahen Analysen sozialistischen Wirtschaftens entstehen, von belastbaren Theorien erst gar nicht zu reden. Im Grunde änderte sich daran bis zum Zusammenbruch der UdSSR und ihrer Verbündeten nichts. Von der Debatte über praktische Wirtschaftslenkung abgekoppelt, hatte die »politische Ökonomie« nie zu einer eigenen Sprache gefunden (Peter C. Caldwell).

Lange Zeit sah es so aus, als teilten die »Regionalwissenschaftler« und insbesondere die »Westexperten« in der UdSSR das gleiche Los. 1948 wurde das »Institut für Weltwirtschaft und Weltpolitik«, ein entfernter sowjetischer Verwandter der damals in den USA zu Ruhm und Ehre kommenden »Denkfabriken«, aufgelöst. Zu schwer wogen noch immer der Verdacht des Kosmopolitismus und die Furcht vor einer Verbreitung un-

angenehmen Wissens über weithin unbekannte Auslandswelten. Und obwohl Chruschtschow mehr denn je Studenten und Wissenschaftler in den Westen reisen ließ, obwohl er das intensive Studium des Gegners zum Bestandteil seiner Politik des »Einholens und Überholens« erklärte, vollzog sich der Kurswechsel quälend langsam. Statt der Universitäten setzte die Partei auf das runderneuerte »Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen«, eine Kadenschmiede für »Westologen« unterschiedlicher Disziplinen, die seit den 1970er Jahren auch als Berater im Außenministerium und in den beiden internationalen Abteilungen der KPdSU zum Zuge kamen. Dass man sich in Gestalt dieser »aufgeklärten Apparatschiks« zugleich die Totengräber der UdSSR herangezogen hatte, munkeln ehemalige *hardliner* noch heute. Unstrittig ist nur das Ende eines langen und gewundenen Karrierewegs: Unter Michail Gorbatschow waren nicht ihre propagandistischen Talente, sondern tatsächlich Expertise gefragt (Wladislaw M. Subok).

So aufschlussreich der Blick auf die USA und die UdSSR auch ist, als bloße Nationalgeschichte kann die Mobilisierung von Wissenschaft im Kalten Krieg nicht geschrieben werden. Am Beispiel der Entwicklung von Gaszentrifugen in den späten 1960er Jahren zeigt John Krige, welchen Ertrag eine transnational angelegte Betrachtung abwerfen kann – aber auch, wie schwierig das berechtigte Verlangen nach Transnationalität einzulösen ist. Einerseits setzten die USA ihren Vorsprung in Wissenschaft und Technik als politische Waffe ein, verschafften sich Einblick in die Bücher und Labore ihrer Partner und verlangten Forschungsdesigns nach amerikanischem Vorbild – insbesondere im Bereich der Nukleartechnik. Erst recht durfte das in bilateraler Kooperation erzeugte Wissen ohne Zustimmung Washingtons auf keinen Fall weitergegeben werden, noch nicht einmal an Verbündete. Andererseits war man sich darüber im Klaren, dass Zusammenarbeit und Teilung von *know how* allein deshalb im ureigsten amerikanischen Interesse lagen, weil die Produktion von Wissen längst keine nationalen Grenzen mehr kannte und weil die Imperative des Kalten Krieges ständig Höchstleistungen verlangten. Deshalb zog auch Europa großen Gewinn aus der asymmetrischen Koproduktion mit den USA. Auf sich allein gestellt hätte man einen vergleichbaren Zugewinn an Wissen nicht oder nur unter erheblich größerem Aufwand von Kosten und Zeit erzielen können.

Leider ist die Dynamik transnationaler Wissensverflechtung – von vereinzelten Fallbeispielen abgesehen – bisher kaum erforscht. Welchen Umfang hatte diese Verflechtung? Wie lange stabilisierte sie bilaterale oder multilaterale Beziehungen? Warum kam es zu Konflikten? Wann und unter welchen Bedingungen wurden zentrifugale Tendenzen in den Bündnis-

sen freigesetzt? Obwohl der sowjetische Wissenschaftsbetrieb lange Jahre unter einer politisch verordneten Selbstabschottung litt, sind derartige Fragen auch an die Geschichte des Warschauer Paktes zu stellen. Zumindest mit Blick auf die Zeit des späten Chruschtschow und die seither teils geduldeten, teils systematisch gepflegten Kontakte mit Kollegen und Institutionen im Ausland.

Zwischen Modernisierung und Weltuntergang

Obwohl Naturwissenschaften und Ingenieurwesen bei der Vergabe von Fördermitteln überall und unangefochten an erster Stelle standen, blühten auch die Geisteswissenschaften im Kalten Krieg auf. Zumindest im Westen, wo es einen konstant hohen Bedarf an Modernisierungs- und Konvergenztheorien, mathematischer Ökonomie, Spieltheorie und anderen Varianten des Konfliktmanagements gab, um nur die bekanntesten Beispiele zu nennen. Offensichtlich versprach man sich von Theorien dringend benötigte Orientierungshilfen – für eine Welt, die wirtschaftlich wieder aufgebaut und unter dem Druck der Dekolonisierung politisch neu geordnet werden musste. Vor allem aber gab das Atomzeitalter schier unlösbare Rätsel auf: Niemand konnte beanspruchen, über zukunftstaugliches Wissen für den Umgang mit einer Waffe zu verfügen, die alle Erfahrungen aus der Vergangenheit obsolet gemacht hatte. Keine Antwort zu haben, durfte gleichwohl nicht die Antwort sein. Das Verlangen nach einer Bändigung des Unkalkulierbaren blieb stets präsent und mit ihm auch eine Anfälligkeit für intellektuelle Konstruktionen jedweder Art. Willkommen war, wer Kompetenz durch ein Zusammenwirken der Inkompetenten in Aussicht stellte und zumindest die Hoffnung auf »Ordnung und Berechenbarkeit in einer zunehmend ungeordneten und unberechenbaren globalen Arena« weckte (Ron Robin).⁴ Dieses Zusammenspiel von politischer Nachfrage und intellektuellem Angebot wurde in den zurückliegenden Jahren in einer Fülle historischer Einzelstudien untersucht; ihre Autoren kommen auch im vorliegenden Band zu Wort. Hauptsächlich auf die USA konzentriert, regen sie gleichwohl zu verallgemeinernden Betrachtungen über Macht und Geist im Kalten Krieg an.

4 Ron Robin, Wie das Denken in die Fabrik kam. Kampf um den Korridor im Kalten Krieg, in: *Zeitschrift für Ideengeschichte* 3, 2009, S. 17–33; vgl. Claus Pias, »One-Man Think Tank«: Herman Kahn, oder wie man das Undenkbare denkt, in: ebd., S. 5–16.

Auf den ersten Blick rekapitulierten Modernisierungstheoretiker eine seit Jahrzehnten geläufige Meistererzählung. Sie handelt vom unabänderlichen Aufstieg der westlichen Moderne, von hoch technisierten Gesellschaften, die alle von der Natur gesetzten Schranken durchbrechen und mittels ihrer »instrumentellen Vernunft« die Natur beherrschen. Oder zumindest die größte Wegstrecke auf dem Hochplateau des Fortschritts zurückgelegt haben. Steuerung von Mensch und Umwelt, Optimierbarkeit, Wissenschaftsglaube – man jonglierte mit einem Set ungeprüfter Annahmen, die noch nie einen Praxistest bestanden hatten und trotzdem eine belastungsfähige Grundlage der Zukunft abgeben sollten. Dementsprechend galt das Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik auch a priori als »Win-win-Konstellation«: Es steigert politische Erträge und gibt die Gelegenheit zur Prüfung und Verfeinerung wissenschaftlicher Methoden – zum Wohl aller und ganz im Sinne wissenschaftlicher Objektivität. Ob als »Erzieher der Bürgerschaft« oder »Berater der regierenden Elite«, an der tragenden Rolle von Sozialwissenschaftlern konnte es mithin keinen Zweifel geben (Hunter Heyck).

Wenn Tagträume wahr werden sollen, müssen sie den Geist ihrer Zeit treffen. In der Tat griffen die verschiedenen Spielarten der Modernisierungstheorie in mehrfacher Hinsicht Paradigmen des Kalten Krieges auf. Erstens bestätigten sie die Mehrheit der politischen Klasse in ihrem Politik- und Staatsverständnis. In der Weltwirtschaftskrise und während des Zweiten Weltkrieges hatte der Staat reagieren müssen, fortan sollte er nicht mehr nur Reparaturarbeiten leisten, sondern agieren und gestalten, kurz: den globalen Entwicklungsprozess antreiben und zugleich Regie führen. Zweitens waren Modernisierung und Missionierung aus amerikanischer Perspektive untrennbar miteinander verkoppelt. Hochtechnologie, Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat nach den Richtlinien eines »New Deal« (Franklin D. Roosevelt) oder »Fair Deal« (Harry S. Truman) – Amerikas Wohlfahrt und Sicherheit schienen umso nachhaltiger gewährleistet, je schneller der Rest der Welt dieses Vorbild nachahmte. Drittens schließlich bedienten die Visionen einer universellen Moderne die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der Blockkonfrontation, auf eine allmähliche Konvergenz der Systeme und einen organischen Reifeprozess jenseits von Krieg und Revolution. Die analytische Grundannahme klang wie die Entdeckung der DNA zum ewigen Frieden: »dass alle Gesellschaften den gleichen sozioökonomischen Entwicklungsprozess durchlaufen, der mit Hilfe spezifischer Modernisierungsmaßnahmen steuerbar ist und nach dem ›take-off‹ in ein sich selbst tragendes Wachstum am Ende idealerweise immer in die gleiche Form von Moderne, nämlich die westliche, mündet« (Sönke Kunkel).

Weil sie einen noch größeren Gewinn im Umgang mit dem Unkalkulierbaren und eine Optimierung von Rationalität in Aussicht stellte, avancierte die Spieltheorie zur theoretischen Allzweckwaffe im Kalten Krieg. In der Sozialpsychologie und Politikwissenschaft, in der Ökonomie und Evolutionsbiologie, wohin man schaut, überall hinterließen spieltheoretische Modelle tiefe Spuren. Wie es scheint, trug gerade ihre Inkohärenz zur flächendeckenden Verbreitung der Spieltheorie bei (Paul H. Erickson). Obwohl auf unterschiedlichste Art und Weise deutbar, führte sie doch verlässlich in die Kernzone des Kalten Krieges, zu Vertrauen und Misstrauen, Rationalität und Irrationalität. Ob von Misstrauen gesteuerte Individuen sich selbst und einem Kollektiv eher schaden oder ob Vertrauen in die Umwelt letzten Endes allen am meisten nützt – Konkurrenzverhalten diesen Vorgaben gemäß zu simulieren, versprach neben einer genauen Selbstbeobachtung auch Hinweise, wie Gegenspieler sich verhalten könnten und auf welche Weise sie beeinflussbar waren. Dass die Spieltheorie wenig zur Klärung der von ihr selbst thematisierten Fragen beitrug und ihre Praxisrelevanz erst recht gegen null tendierte, war kein Einwand. Und sollte es auch nicht sein. Wichtiger waren ihre bloße Präsenz, das Bespielen eines geistigen Streitfeldes und das Insistieren auf einem Problem, das in der Praxis unhintergebar war und deshalb im intellektuellen Selbstgespräch der Gesellschaft präsent bleiben musste.

Eine Lockerung der Paradigmen des Kalten Krieges setzte in den frühen 1970er Jahren ein, ausgerechnet in den Wirtschaftswissenschaften, die immer noch den Löwenanteil der staatlichen und privaten Fördermittel für sozialwissenschaftliche Forschung einstrichen. Bis dato hatten Ökonomen viel Zeit und Energie zur Lösung militärischer Probleme verwandt. In Gestalt der »Prozessanalyse« oder der »linearen Programmierung« entwickelten sie Modelle zur Optimierung von Beschaffungs- und Verteilungsverfahren sowie für eine Kalkulation kostengünstiger Nachschubwege; oder sie entwarfen mittels der Grenznutzenanalyse eine objektivierbare Etatplanung für das Pentagon, die an die Stelle des undurchschaubaren »Kuhhandels« mit der Legislative und mit konkurrierenden Bürokratien treten sollte (Michael A. Bernstein). Unter dem Eindruck der Ölkrise wurden erstmals Zweifel an diesem Aufgabenprofil laut. War es noch zeitgemäß, Sicherheit hauptsächlich als militärisches Problem zu begreifen? Musste man sich stattdessen nicht auf eine veränderte »internationale Konfliktgeographie« (Rüdiger Graf) einstellen, die weniger von den Gefahren atomarer Rüstung als von wirtschaftlichen Risiken geprägt wurde? Läuteten die Turbulenzen auf den internationalen Rohstoffmärkten und die weltweite Verknappung elementarer Ressourcen nicht den Beginn der »posthegemonialen Ära« ein, also ein Zeitalter der Interdependenz und Verwundbarkeit,

das mit dem eingeschränkten Repertoire von Nationalstaaten kaum zu gestalten war? Fragen über Fragen, die weit über die Wirtschaftswissenschaften hinaus Resonanz fanden und neue Debatten zur Rolle einer »politischen Ökonomie« in Gang setzten.

Noch in randständigen Disziplinen wie der bundesdeutschen Erziehungswissenschaft machten sich diese tektonischen Verschiebungen bemerkbar. Seit den späten 1970er Jahren spielten auch hier die klassischen Fragen aus der Hochphase des Kalten Krieges – Bildung als Mittel zum Brückenschlag zwischen den Systemen und zur Beschleunigung der Konvergenz östlicher und westlicher Industriegesellschaften – keine Rolle mehr. Statt über die Imperative des Kalten Krieges zu diskutieren, sorgte man sich über die Bewältigung des ökonomischen, technischen und kulturellen Wandels und vor allem um die Frage der »employability«: Schulung für den globalen Wettbewerb von Ideen und Arbeitskräften, Anpassung des Individuums an neue Technologien. In der Sprache des Neoliberalismus wurden Debatten geführt, die nur noch in einer technokratischen Schrumpfform der Modernisierungstheorie an vergangene Zeiten erinnerten. Etwa in der Vorstellung vom Menschen »als ein sich verhaltendes System, das durch quasibehavioristische Bildungsstrategien system- und zielkonform beeinflusst werden kann« (Andreas Wirsching).

Gleichwohl gab es Ideenbestände von schier unerschütterlicher Resistenz. Gemeint sind die seit Beginn des Atomzeitalters mit viel Aufwand und selbstdarstellerischem Geschick verbreiteten Theorien der *defense intellectuals*. Jener Gruppe von Sozialwissenschaftlern also, die in Stiftungen wie der RAND Corporation das Denken über das Undenkbare übten und – in den Worten Herman Kahns – für sich in Anspruch nahmen, die Menschheit aus ihrer »Bewusstseinslähmung« herauszuführen und »die Gefahren eines atomaren Weltenbrandes dem Kalkül menschlichen Geistes zu unterwerfen«.⁵ Nicht umsonst wollte Herman Kahn sein 1960 publiziertes Opus magnum als Fortschreibung von Clausewitz verstanden wissen: »On Thermonuclear War«. Tatsächlich glaubte man die Zauberformel zur Bändigung des Krieges gefunden zu haben: Glaubwürdigkeit. Nur wer glaubwürdig zu verstehen gab, dass er im Zweifel vor nichts zurückschreckt und buchstäblich jeden Preis bezahlen wird, konnte Feinde demotivieren, einschüchtern und abschrecken. Welche bizarren Blüten derlei Gedankenexperimente mitunter hervorbrachten, ist bekannt. Das »Feiglingsspiel« etwa, in dem zwei Autos aufeinander zurasen – wer ausweicht, hat verloren. »Ein solches Spiel gewinnt man durch Gesten, die

5 Herman Kahn, zit. n. *Der Spiegel*, 15, 3. 4. 1967, S. 123–140: Strategie: Duell im Dunkel, hier S. 126.

den Gegner davon überzeugen, dass die Drohung ›Kurs zu halten‹ ernst gemeint ist – etwa indem man betrunken oder verrückt wirkt, das Lenkrad entfernt oder mit verbundenen Augen fährt.« (Paul H. Erickson) Dass *defense intellectuals* trotzdem bis zum Ende des Kalten Krieges als Berater von Spitzenpolitikern und Militärs im Geschäft blieben, zeigt, wie sehr sie am Nerv ihrer Zeit bohrten. Einer Zeit, in der außenpolitische Schachzüge immer wieder auf einer nach oben offenen Glaubwürdigkeitsskala verortet wurden und der Vorwurf der Schwäche, des Zauderns und der Nachgiebigkeit verlässlich politische Karrieren ruinierte. Weil, wie es im Jargon von *defense intellectuals* hieß, Abschreckung und Sicherheit erst glaubwürdig waren, wenn es keine störenden Zwischentöne gab (Ron Robin).⁶

Jede Geschichte von Macht und Geist im Kalten Krieg wäre unvollständig ohne den Hinweis auf die zeitgenössische Kritik an den *defense intellectuals*. Reduktionistisches Denken und Scharlatanerie hat man ihnen vorgeworfen, eine Neigung zur Konstruktion von »Reagenzglas-Szenarien« abseits der realen Welt und jenseits historischer Erfahrungen. In der Tat: Bis weit in die 1980er Jahre entworfene Modelle sowjetischer Politik sagen mehr über ihre Urheber als über den vermeintlichen Gegenstand der Analyse. Albert Wohlstetters »operationaler Code des Feindverhaltens« etwa verliert sich in Formeln und Logarithmen, denen mit freihändig formulierten Thesen über die »psychologische Verlusttoleranz« des sowjetischen Kollektivs ein allenfalls künstliches Leben eingehaucht wird; von Akteuren, Ideologien, Ressourcen, Normen und Gebräuchen, Machtstrukturen, Interessen oder anderen politisch relevanten Faktoren ist hingegen keine Rede. Nicht minder umstritten war die Rolle von *defense intellectuals* als Stichwortgeber für Militärdoktrinen und Lobredner neuer Waffensysteme. Allerdings störten sie sich nicht an dem Vorwurf, mit ihrem Beitrag zur Strategie der »flexiblen Reaktion« und »Eskalationsdominanz« oder mit der Forderung nach Bunker brechenden Sprengköpfen den Rüstungswettlauf angeheizt zu haben. Im Gegenteil: Wohlstetter verbuchte jeden Rubel, den die Sowjets in diesem Kräfteressen investieren mussten, als Sargnagel für den Kommunismus. Die wohl schärfsten Einwände formulierten die katholischen Bischöfe der USA in den frühen 1980er Jahren. Von moralischer Entkernung war in einem »Hirtenbrief über Krieg und Frieden« die Rede und vom Bankrott eines Denkens, das

6 Vgl. die nach wie vor wegweisende Studie über *defense intellectuals* von Fred Kaplan, *The Wizards of Armageddon*, New York 1983, sowie jüngst Alex Abella, *Soldiers of Reason. The RAND Corporation and the Rise of the American Empire*, Orlando 2008.

ethische Kategorien aus der Debatte über Krieg und Frieden im Atomzeitalter verbannte (Ron Robin).

Damit hatten die Bischöfe auf das entscheidende Problem aufmerksam gemacht. Es geht im Fall der *defense intellectuals* nicht in erster Linie um die Kohärenz oder Inkohärenz von Gedankensystemen; auch die beliebte Frage, ob ihr politischer Einfluss real oder eingebildet war, ist eher von nachrangiger Bedeutung. Vielmehr ist über Leerstellen zu sprechen, über den Preis einer intellektuellen Debatte, die nicht allein jenseits von Ethik und Moral angesiedelt war, sondern auch den Blick auf die politischen Nebenwirkungen der Atomrüstung verbaute. Allenfalls Außenseiter wie der amerikanische Historiker Clinton Rossiter oder der deutsche Zukunftsforscher Ossip K. Flechtheim schrieben über die Anfälligkeit des »National Security State« für Formen autoritärer und autokratischer Herrschaft; vor einer »Präsidialdiktatur« warnte der eine, vor einem »Neocäsarismus« der andere (Mario Keßler). Und beide meinten dasselbe – dass nämlich der doppelte Sachzwang, das Atomgeheimnis zu wahren und dem Präsidenten für den Kriegsfall ein möglichst breites Spektrum strategischer Optionen zur Verfügung zu stellen, auf eine übermäßige Stärkung der Exekutive hinauslief und folglich das demokratische Prinzip der Kontrolle von Macht mittels einer Teilung der Macht außer Kraft setzte. Unter der Verkümmern und Blutarmut eines Diskurses, der über Jahrzehnte dergleichen ausblendete, leidet die politische Kultur der USA noch heute.⁷ Mit Weiterungen andernorts, die einer eingehenden Untersuchung ebenfalls wert wären.

Produktion und Anwendung von Wissen

Ob und wie lange Ideen wirken, hängt auch von der materiellen Seite ihrer »Produktion« sowie vom Praxistest ab. Also einerseits von Institutionen, Sponsoren und kommunikativen Netzwerken und andererseits von den Umständen, unter denen sie entweder scheitern oder die von ihren Erfindern gewünschten Ergebnisse liefern. Selten schien es bessere Voraussetzungen für die Nachhaltigkeit von Ideen gegeben zu haben: Intellektuelle und Experten fanden während des Kalten Krieges verlässlich das Ohr der Mächtigen, weil diese fürchteten, ihnen könnten die Ideen im ideologischen Dauerwettbewerb ausgehen. Und so wenig sich die Entwicklung in

⁷ Vgl. Clinton Rossiter, *Constitutional Dictatorship: Crisis Management in the Modern Democracies*, Princeton 1948 (New Brunswick 2002); Bernd Greiner, 9/11: Der Tag, die Angst, die Folgen, München 2011, S. 131–173.

Ost und West über einen Kamm scheren lässt, so auffällig ist das beiderseitige Bemühen, besondere Räume für die Wissensproduktion zu schaffen – Orte des Rückzugs und vor allem Orte zur gezielten Stimulation innovativen Potenzials. Heutzutage würde man von »Exzellenzstützpunkten«, »Kollegs« oder »Akademien« sprechen. »Denkfabrik« war der damals geläufige Ausdruck im Deutschen, während man in den USA den schillernden, die Umstände der Zeit zugleich präzise erfassenden Begriff des »Think Tanks« pflegte.

»Tank« gleich Panzer – eine bessere Einladung zu semantischen Spielereien hätten sich Kritiker überhaupt nicht wünschen können. »Tank« steht aber auch für das Abgeschlossene, Separate und Exklusive, umgesetzt im Stammhaus aller Think Tanks in Santa Monica, Kalifornien. Dort residierte die RAND Corporation seit 1955 in einem Flachbau, dessen architektonische Grundidee seither in ungezählten Variationen weltweit nachgeahmt wird. Alle Bauelemente, die einer internen Kommunikation von Mitarbeitern hätten im Wege stehen können, wurden auf das Nötigste reduziert. Feste Arbeitszeiten wurden abgeschafft, das Gebäude blieb rund um die Uhr und sieben Tage die Woche geöffnet. Von flachen Hierarchien und egalitären Umgangsformen versprach man sich nicht nur ein besseres Betriebsklima, sondern vor allem eine Steigerung der geistigen Produktivität. Maximale Flexibilität, minimale Routine, Arbeit in Kleingruppen und interdisziplinärer Austausch – so lautete die durch und durch zivile Hausordnung der Think Tanks.⁸

Amerikanische Think Tanks waren gerade für Wissenschaftler attraktiv, die mit den Streitkräften oder dem Pentagon vermutlich keinen Arbeitsvertrag geschlossen hätten. Weil sich neben dem Staat jedoch auch private Geldgeber in erheblichem Umfang engagierten und institutionelle Querverbindungen zu Industrie und Universitäten gewahrt blieben, wurden derartige Bedenken relativiert. Die üppige finanzielle Ausstattung tat ein Übriges: Neben der Erledigung von Auftragsarbeiten blieben hinreichend Zeit und Mittel, eigenständig entwickelte Projekte zu verfolgen. Und je besser beides gelang, desto schneller erwarb man sich den Ruf einer effizienten, vertrauenswürdigen Institution – was erfahrungsgemäß neue Geldquellen erschloss und den Kreislauf auf ständig höherem Niveau reproduzierte. Man könnte auch von einem eingebauten Zwang zur Innovation sprechen, der von Wissenschaftlern weniger als Zumutung, vielmehr als Herausforderung und Chance begriffen wurde. Den Nutzen hatten Auftraggeber und Auftragnehmer gleichermaßen, wie Philip Rocco

8 Vgl. Peter Galison, Emily Thompson (Hg.), *The Architecture of Science*, Cambridge, Mass. 1999.

am Beispiel der in den 1950er Jahren modellierten »Systemanalyse« zur Beschaffung von Waffensystemen zeigt. Abhängigkeit und Autonomie bildeten so gesehen keinen Widerspruch. Im Gegenteil: Sie ergänzten sich auf geradezu ideale Weise.

Über das Innenleben und die Funktionsweise sowjetischer »Denkfabriken« ist ungleich weniger bekannt. Es gibt indes gute Gründe für die Vermutung, dass einige seit den späten 1960er Jahren Orte der Genese und Konservierung »neuen Denkens« waren. Die Rede ist insbesondere vom »Institut für Amerika und Kanada« unter Georgi Arbatow und vom »Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen«. Als Dissidenten kann man deren Mitarbeiter gewiss nicht bezeichnen. Wohl aber wiesen sie Wege zur Befreiung aus der Orthodoxie, wandten sich prinzipiell gegen militärische Interventionen in anderen Ländern, befürworteten Reformen im Inneren, plädierten nachdrücklich für nukleare sowie konventionelle Abrüstung und setzten sich für eine Entspannungspolitik im Allgemeinen und kulturelle Öffnung zum Westen im Besonderen ein, eine Diskussion »eurokommunistischer« und sozialdemokratischer Programme eingeschlossen. Auch wenn ihre Vorstellungen die meiste Zeit auf entschiedenen Widerspruch stießen, so fielen sie im Unterschied zu Querdenkern aus früheren Zeiten nicht mehr in Ungnade. Wie groß ihr Anteil an der Berufung Michail Gorbatschows zum Generalsekretär war, ist umstritten; nicht aber, dass sie eine wichtige Rolle dabei spielten. Ohne eine Würdigung von Think Tanks »können wir deshalb die Geschichte der sowjetischen Seite im Kalten Krieg nicht schreiben« (Wladislaw M. Subok).

Aufs Ganze gesehen fiel die Bilanz der praktischen Anwendung von Wissen jedoch verheerend aus – im Osten wie im Westen. Zumindest aus der Perspektive von Produzenten und Anwendern, wie die bislang vorliegenden »Probebohrungen« auf einem noch längst nicht vermessenen Feld zeigen. Sofern künftige Forschungen nicht mit unerwarteten Ergebnissen aufwarten, lautet der Befund: Ohne die Beteiligung sozialwissenschaftlicher Experten und den Rat von Intellektuellen wäre die Geschichte in den meisten Fällen nicht oder nur unwesentlich anders verlaufen. Von einer Ausnahme abgesehen – die allerdings war gravierend.

Der Reihe nach: Bereits in der Frühphase des Kalten Krieges stießen amerikanische Psychologen und Soziologen an ihre Grenzen, als sie im Auftrag der Regierung Vorschläge zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Ausland erarbeiteten. Gefragt waren die Instrumente psychologischer Kriegführung: Information und Desinformation, Aufklärung und Manipulation. Bis zum Ende der 1950er Jahre wurde mit Jahresetats von über einer Milliarde Dollar (7,5 Milliarden in Preisen des Jahres 2010)

ein erheblicher Aufwand betrieben. Dennoch scheinen widersprüchliche Auffassungen über Auftrag und Methode die Arbeit eher gelähmt als inspiriert zu haben. Am Ende jedenfalls griff man vorzugsweise auf ein Mittel zurück, das sich bereits in der Vergangenheit bewährt hatte: auf die »graue Propaganda ohne bekannten Absender« (Kenneth Osgood). Unabhängige Medien, Nichtregierungsorganisationen und Privatpersonen – von Unternehmern über Gewerkschafter bis hin zu Mitgliedern in Frauenorganisationen – wurden als Multiplikatoren und stellvertretende Sprachrohre eingesetzt, viele wissentlich und womöglich eine noch größere Gruppe unwissentlich. Bekanntlich sind die Effekte derartiger Kampagnen schwer zu messen; die von Kenneth Osgood geschilderten Beispiele lassen gleichwohl auf eine nicht unerhebliche Breitenwirkung schließen. Ob diese »Graswurzelpropaganda« aber wissenschaftlicher Beratung und Expertise bedurft hätte, ist eine andere und durchaus skeptisch zu beurteilende Frage.

Herbe Enttäuschungen mussten auch Modernisierungstheoretiker einstecken, zumal sie als »Doktoren der Entwicklung« (Sönke Kunkel) mit übergroßen Erwartungen angetreten waren. Im Falle Nigerias kann man sich im Nachhinein über die Naivität und Ahnungslosigkeit der dort tätigen amerikanischen Ökonomen nur wundern – in einem Land, das im Verständnis der Regierung Kennedy von ähnlicher Bedeutung wie Indien war und an dessen Beispiel stellvertretend für ganz Afrika die Vorteile einer Kooperation mit dem Westen demonstriert werden sollten. Ebenso erstaunt, wie leicht die Rezepte eines *social engineering* amerikanischen Zuschnitts von staatlichen Behörden in Nigeria und von lokalen Klientelssystemen unterlaufen wurden. Lokale Eliten hatten eigene Vorstellungen über ihren Weg in die Moderne und verlangten von den USA eine Anpassung an diesen Weg – eine asymmetrische Beziehung, wenn auch unter ungewohnten Vorzeichen. In Malaya und Algerien stiegen Soziologen, Ethnologen und Anthropologen zu Militärberatern auf und wollten mit einer großflächigen Umsiedlung der Landbevölkerung in »strategische Dörfer« der Guerilla buchstäblich den Boden entziehen. Wie derlei »Großversuche einer militärisch flankierten sozioökonomischen Transformation« (Moritz Feichtinger) endeten, kann auch am Beispiel Südvietnams studiert werden. Doch selbst in der Historiographie, die sich mit den Niederlagen der vermeintlich Starken befasst, dominiert noch immer der Blick aus dem Zentrum. Umso wichtiger sind die Überlegungen von Sönke Kunkel und Moritz Feichtinger zur Korrektur dieser Selbstbezogenheit.

Die sowjetischen Erfahrungen in der »Bildungszusammenarbeit« mit nicht kommunistischen Staaten in Asien und Afrika lesen sich ähnlich ernüchternd. Dabei schienen, wie Constantin Katsakioris am Beispiel von

Guinea, Mali und Algerien zeigt, die Voraussetzungen denkbar günstig. Die »Empfängerländer« waren vom sozialistischen Modell der Modernisierung überzeugt, vor allem setzten sie auf Planwirtschaft und einen starken Staat. Und dass Tausende Studenten in der UdSSR ausgebildet wurden und als examinierte Ärzte, Ingenieure oder Ökonomen in ihre Heimatländer zurückkehrten, war zweifellos ein Gewinn. Über die Nachhaltigkeit dieses Bildungstransfers ist hingegen wenig bekannt; allein die Tatsache, dass sowjetische Diplome vielen Studenten auch die Tür auf den Arbeitsmärkten westlicher Industrienationen öffneten, rückt die vermeintliche Erfolgsgeschichte in ein anderes Licht. Die von Moskau erhofften Dividenden hatten sich ohnehin nicht eingestellt. Ideologisch nützliche Angebote aus geisteswissenschaftlichen Disziplinen wurden von Gaststudenten aus der Dritten Welten kaum angenommen. Obendrein stellte der allfällige Rassismus im sowjetischen Alltag »die internationalistischen Bekenntnisse der UdSSR in Frage und bedeutete einen erheblichen Rückschlag für ihre Bemühungen, die ›Herzen und Köpfe‹ der ersten postkolonialen Generation zu gewinnen« (Constantin Katsakioris). So gesehen, fügt sich der Wissenschaftsaustausch nahtlos in die defizitäre Bilanz sowjetischer Entwicklungshilfe im Kalten Krieg.

Und dennoch änderten Wissenschaftler den Lauf der sowjetischen Geschichte, wenn auch auf unvorhersehbare Art und Weise und entgegen jeder Intention. Was hatte man sich in den frühen Jahren vom beginnenden Computerzeitalter nicht alles versprochen! Von sich selbst regulierenden Steuerungsprozessen war die Rede, sowjetische Kybernetiker waren überzeugt, mit Hilfe eines landesweiten Computernetzwerks das Planungschaos in Industrie und Landwirtschaft endgültig beheben und einen beispiellosen Aufschwung in Gang setzen zu können, einige träumten gar von einer frei kommunizierenden, liberalen Gesellschaft. Letzteres wussten Chruschtschow und seine Nachfolger zu unterbinden, die Ausstattung staatlicher und politischer Behörden mit Computern hingegen förderten sie nach Kräften. Herren über das Verfahren waren freilich nicht das Politbüro oder die zuständigen Fachminister, sondern untergeordnete Betriebsdirektoren und Bürokraten. Ob in der zivilen Wirtschaft, in der Rüstungsindustrie oder im Apparat der KPdSU, überall machte sich Panik breit, dass die Führung in Moskau mittels kybernetischer Methoden Einblick in die Ineffizienz oder Inkompetenz auf mittlerer und unterer Ebene gewinnen könnte. Der Rest ist ein Lehrstück bürokratischer Obstruktion und ein Kommentar auf die Ohnmacht der vermeintlich allmächtigen Zentrale in einem totalitären Staat. Computer und kybernetisches Wissen wurden nicht zur Reform des Systems, sondern zur Stärkung seiner Subsysteme eingesetzt, statt sich untereinander zu vernetzen, bauten Behörden, Minis-

terien und Betriebe eigene Rechenzentren auf – einzig zur Kontrolle interner Abläufe und nicht kompatibel mit externen Systemen. Am Ende dienten neue Technologien nicht allein der Konservierung alter Machtstrukturen. Wie Slawa Gerowitsch zeigt, kann diese Geschichte auch zu einem neuen Nachdenken über das Ende der UdSSR anregen: »Wie sich herausstellte, verschlimmerte die Medizin die Krankheit noch. Riesige Mengen nutzloser Information verstopften das System und lähmten die Entscheidungsprozesse. Die Sowjetunion brach unter der Last der von ihr erzeugten Papierberge zusammen.«

Wege aus der Gefahr?

Auf eine Geschichte voller Ironien und unbeabsichtigter Effekte stößt auch, wer sich mit Kritikern des Kalten Krieges und ihren Gedankenwelten beschäftigt. Wie Holger Nehring, Fred Turner, Perrin Selcer und Stephen V. Bittner anhand unterschiedlicher Protagonisten in Ost und West zeigen, ist gegenüber einem emphatischen Begriff des »intellektuellen Gegenentwurfs« oder der »Gegenkultur« Skepsis angebracht. So zeigte sich ausgerechnet der kulturelle »Untergrund« in den USA überaus empfänglich für Ordnungsvisionen aus der Welt der Rüstungs- und Weltraumforschung, waren die Träume individueller Autonomie durchaus vereinbar mit der Vorstellung, Selbstbestimmung mit Hilfe undurchschaubarer, kybernetisch gesteuerter Techniken zu verwirklichen. Nicht minder irritierend erscheint die Art und Weise, in der sowjetische Dissidenten den psychologischen Abnutzungskrieg der Supermächte für ihre Zwecke glaubten ausbeuten zu können – indem sie mit einer »Strategie der Bloßstellung« für negative Schlagzeilen über die UdSSR im Ausland sorgten und hofften, dass die eigene Regierung allein aus Sorge um ihr lädiertes Image im Westen der Opposition im eigenen Land größeren Spielraum gewähren würde. Vor allem aber erstaunt die intellektuelle Nähe zwischen Parteigängern und dezidierten Kritikern des Kalten Krieges. Was scheinbar unversöhnliche *defense intellectuals* mit »alternativen Friedensforschern« verband, war ihr unerschütterlicher Glaube an die politische Gestaltungsmacht der Sozialwissenschaften, kurz: an die Verwissenschaftlichung der Politik, an die Vorhersehbarkeit der Zukunft und die Machbarkeit einer besseren Welt – im einen Fall mit möglichst vielen, im anderen Fall möglichst ohne Waffen, hier im Bündnis mit »Fürsten«, dort an der Seite von »Graswurzelarbeitern«.

Andererseits entfalteten Ideen auch im Kalten Krieg ein unberechenbares Eigenleben, entfernten sich vom Ort ihres Entstehens und aus der Lo-

gik ihrer Schöpfer. Beispielsweise führte die Erforschung sozialer Unruhen in der ländlichen Dritten Welt, ursprünglich als Beitrag zur Optimierung von Aufstandsbekämpfung und Modernisierung gedacht, in den USA zum Aufschwung kritischer Regionalstudien, die von außerparlamentarischen Aktivisten rezipiert und als Argument gegen militärische Interventionen genutzt wurden (Moritz Feichtinger). Die in der Bundesrepublik im Laufe der 1970er und 1980er Jahre vorgelegten »Gegenexpertisen« zur Außen- und Rüstungspolitik – bekannt unter Schlagworten wie »soziale Verteidigung« oder »kollektive Sicherheit« – beeinflussten nicht nur die Diskussion in der internationalen Sozialdemokratie und in den Reihen der gerade gegründeten Partei »Die Grünen«; auch und gerade die unabhängige Friedensbewegung in der DDR profitierte davon, Oppositionelle also, die unbestritten einen großen Anteil am Sturz ihrer Regierungen und damit auch an der Überwindung des Kalten Krieges hatten. In diesem Zusammenhang ist auch auf die wunderliche Karriere der Spieltheorie hinzuweisen. Anders als die Mehrheit ihrer Kollegen nutzten die amerikanischen Sozialwissenschaftler Anatol Rapoport, Morton Deutsch und Charles E. Osgood das spieltheoretische Inventar nicht zur Beantwortung von Anfragen aus dem Militär, sondern als Leitfaden zur Überwindung des Wettrüstens. Mit seiner »Strategie der einseitigen Abrüstung« und dem dezidierten Verzicht auf ebenso langwierige wie nutzlose Rüstungskontrollverhandlungen brach Osgood in den späten 1950er Jahren aus dem mentalen Korsett des Kalten Krieges aus. Knapp 30 Jahre später trug sein Konzept Früchte – nicht im eigenen Land, das unter Ronald Reagan den Rüstungswettrlauf aufs Neue angeheizt hatte, sondern ausgerechnet in der UdSSR. Dass sich die außenpolitischen Berater Michail Gorbatschows intensiv mit Osgood beschäftigten, steht fest. Offen ist nur, ob Gorbatschow dieser Anregungen bedurfte – und ob am Ende des Kalten Krieges die Eigendynamik der Ereignisse nicht schwerer wog als der Eigensinn von Gedanken (Michael D. Gordin).

Wer nun allerdings meint, mit dem Einholen der roten Fahne über dem Kreml sei auch das letzte Kapitel in der Geschichte von Geist und Macht im Kalten Krieg geschrieben, sitzt möglicherweise einem folgenschweren Irrtum auf. Dough Rossinows Betrachtungen zum konservativen und rechten Dissens in den USA zeigen, dass seit den 1950er Jahren ein Kernbestand von Ideen und Haltungen im Umlauf ist, der nicht nur gegen Veränderungen des außenpolitischen Umfelds immun erscheint, sondern auch über eine stabile und durchaus einflussreiche Anhängerschaft verfügt. Konkurrenten mit Hochrüstung auf Distanz halten, Terror mit Gegenterror bekämpfen, Kriege als Naturgesetz in einer Darwinschen Welt des Überlebenskampfes begreifen – so krude derlei Meinungen auch

anmuten mögen, ihre Virulenz ist angesichts des seit »9/11« geführten »Kriegs gegen den Terror« kaum zu übersehen. Insofern hat eine Bestandsaufnahme der Erbmassen des Kalten Krieges auch ihren festen Platz in der Diagnose unserer Zeit.

Mobilisierung und Selbstmobilisierung

Rebecca Lowen

Zur Verflechtung von Politik und Universitäten in den USA

Die Auswirkungen des Kalten Krieges auf das Geistesleben und die Kultur in den USA waren gewaltig. Er prägte Einstellungen und Ansichten über den Sozialismus, die Sowjetunion, die Weltpolitik und Amerikas internationale Rolle. Er bot Stoff für zahllose Romane und Filme. Er gab marginalisierten Gruppen, die in die amerikanische Demokratie einbezogen werden wollten, einen Hebel in die Hand. Er erhob amerikanische Wissenschaftler und Ingenieure, die den technologischen Vorsprung vor dem sowjetischen Rivalen zu wahren versuchten, in den Rang von Kulturheroen. Und er beeinflusste das Wachstum von Universitäten und die Wissensproduktion.

Der vorliegende Beitrag versucht, diese Veränderungen der Universitäten und der an ihnen vertretenen Wissensgebiete in einen breiteren Zeitrahmen ab den frühen 1930er Jahren einzuordnen, um sie genauer zu analysieren und – sofern möglich – herauszufinden, wann und warum sie auftraten. Untersucht man die Jahre vor dem Kalten Krieg, dann verändert sich das Bild. Die Grundlagen der Beziehung zwischen Wissenschaft und Bundesregierung, die sich während des Kalten Krieges entwickelte, wurden nämlich bereits in den 1930er Jahren geschaffen. Denn es waren diese Jahre, in denen der Gedanke aufblühte, die Wissenschaft zur Lösung der Probleme der Nation heranzuziehen. Auch die 1940er Jahre waren ein entscheidender Zeitraum für den Aufstieg der Wissenschaft. Die Wissenschaftsförderung durch die Bundesregierung setzte im großen Maßstab während des Zweiten Weltkrieges ein. Zudem veränderten sich die Machtverhältnisse in den Beziehungen zwischen Wissenschaft und Regierung: Die alte Elite, die jene Beziehungen bis dahin kontrolliert hatte, verlor in den 1940er Jahren beträchtlich an Boden, als die von Vannevar Bush, einer der zentralen Figuren des »militärisch-intellektuellen Komplexes«, angestrebte Gründung einer National Science Foundation im Kongress scheiterte. Die Zeit danach war von Ambivalenzen gekennzeichnet. Der Kalte Krieg war für einige amerikanische Wissenschaftler mit unkonventionellen Überzeugungen oder unpopulären Forschungsinteressen zwar eine Tragödie, in den frühen Jahren des Kalten Krieges, in denen Bundesmittel – vor allem für militärische Projekte – in die Universitäten flossen und Aka-

demiker ein zuvor nur für die Wissenschaftselite relevantes »Networking«-Verhalten an den Tag zu legen begannen, setzte jedoch eine relative Demokratisierung ein.

Brother, Can You Spare a Dime?

Der Zweite Weltkrieg gilt zu Recht als Schlüsselereignis in der Geschichte der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Bundesregierung in den Vereinigten Staaten. Vor dem Krieg – so wird die Geschichte gemeinhin erzählt – zeigten Regierung und Wissenschaftler wenig Interesse füreinander, schon gar keine Zuneigung. Benötigte die Regierung wissenschaftliche Studien, was nicht oft der Fall war, so zog sie es vor, sie von eigenen Institutionen anfertigen zu lassen, da die Berücksichtigung ihrer praktischen Anliegen dort eher gewährleistet schien als bei elitären Wissenschaftlern, die ihre Forschungen nur ungern mit Blick auf nutzbare Ergebnisse betrieben. Wissenschaftler und Universitätsverwaltungen wiederum sahen in der Bundesregierung – einer ihrem Wesen nach politischen Einrichtung – eine potenzielle Quelle von Verzerrungen der Wissenschaft; sie befürchteten, die Regierung wolle ihnen ein Programm aufzwingen und könne so das Wahrheitsstreben der Wissenschaftler beeinträchtigen. Erst im Zweiten Weltkrieg wurden diese Ängste und Vorbehalte durch nationale Erfordernisse beiseitegeschoben.

Doch obwohl der Krieg ein folgenschweres Ereignis war, wäre es zu einfach, allein dadurch zu erklären, wie sich die Verflechtung von Regierung und Universitäten entwickelte. Der Krieg machte zwar eine enge Beziehung zwischen akademischer Wissenschaft und Bundesregierung möglich. Er bietet jedoch keine hinreichende Erklärung für den Charakter dieser Beziehung und die Form, die sie annahm. Zudem begann diese Beziehung nicht erst im Zweiten Weltkrieg. Tatsächlich fassten beide Seiten bereits in den 1930er Jahren, also in Friedens-, nicht in Kriegszeiten, einen engeren Austausch ins Auge – während der schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise der Großen Depression. Dies waren die Jahre, in denen die Bundesregierung die Bedeutung der Wissenschaft für die nationale Wohlfahrt anzuerkennen und ihrer Förderung ein erhebliches Gewicht einzuräumen begann. Dies war auch das Jahrzehnt, in dem Bundesmittel nicht länger nur der landwirtschaftlichen Forschung an staatlichen Universitäten zugutekamen. Und schließlich war dies die Zeit, in der Wissenschaftler selbst ein Interesse an einer Kooperation mit der Bundesregierung entwickelten, zumindest Rat anbieten wollten oder gar hofften, zentrale Akteure in der staatlichen Planung und Wissenschaftsverwaltung zu werden. Laut dem

Historiker A. Hunter Dupree verhalfen die 1930er Jahre dem »wissenschaftlichen Establishment zu ungekannter Opulenz«; sein Statusgewinn und seine stärkere Förderung »kündigten eine neue Ära an, die auch ohne den Krieg gekommen wäre«.¹

Als sich die Reputation und Finanzierung der wissenschaftlichen Forschung im Laufe der 1930er Jahre verbesserten, verschob sich auch die Beziehung zwischen Universitäten und Bundesregierung. Das National Advisory Committee for Aeronautics (NACA) und das neu gegründete National Cancer Institute (NCI) vergaben in den späten 1930er Jahren kleinere Beträge an einzelne Wissenschaftler, unabhängig von ihrer institutionellen Zugehörigkeit. Auch einige New-Deal-Institutionen unterstützten Forscher an staatlich geförderten Colleges und Universitäten sowie bedürftige Studenten an öffentlichen wie privaten Colleges, indem sie ihnen Stellen finanzierten.² Diese Entwicklungen markierten eine beträchtliche Abweichung von der Tradition, ausschließlich agrarwissenschaftliche Forschungen an den »Land Grant«-Institutionen – mithilfe von Landschenkungen aufgebauten Bildungsinstitutionen – durch Bundesmittel zu fördern.

Mehr als 130 private Colleges und Universitäten, darunter Harvard und Yale, lehnten eine solche Bundesförderung ab. Darin drückten sich Misstrauen gegenüber der Regierung sowie das Bestreben aus, die Freiheit der Privatuniversität von politischer Einflussnahme zu bewahren. Die Präsidenten der wichtigsten Forschungsuniversitäten – weitgehend Republikaner, die bei den Wahlen 1932 Herbert Hoover und nicht Franklin D. Roosevelt unterstützt hatten (Harvard-Präsident James B. Conant, der erstmals für einen Demokraten gestimmt hatte, war eine Ausnahme) – sahen die Absichten von Roosevelts New-Deal-Regierung mit Sorge. Sie folgten Hoover und befürchteten das Schlimmste – die Übernahme des privaten Sektors einschließlich der Universitäten durch eine Regierung der Demokraten. Gleichzeitig beunruhigte sie die finanzielle Situation ihrer Einrichtungen, deren Einnahmen aus Stiftungsvermögen in der Wirtschaftskrise dramatisch zurückgegangen waren (in Harvard und Stanford beispielsweise um 20 Prozent). Und sie bekräftigten ihre Überzeugung, geeignete Förderer der Privatuniversitäten seien ausschließlich Privatper-

1 A. Hunter Dupree, *Science in the Federal Government. A History of Policies and Activities to 1940*, Cambridge, MA, 1957, S. 368. Vgl. auch S. 364–366 und S. 345 (Schaubild über die Ausweitung der Förderung).

2 Dupree, *Science*, S. 361, S. 366; Rebecca S. Lowen, *Creating the Cold War University. The Transformation of Stanford*, Berkeley 1997, S. 31.

sonen und private Unternehmen.³ Es ist deshalb bemerkenswert und zunächst verwirrend, dass die konzertierteste – allerdings nicht besonders erfolgreiche – Anstrengung der 1930er Jahre, eine Beziehung zwischen akademischer Wissenschaft und Bundesregierung zu schmieden, von einer Handvoll Angehöriger der Wissenschaftselite unternommen wurde, die die wichtigsten Privatuniversitäten führten.

Die Wissenschaftselite bestand zu dieser Zeit beinahe ausschließlich aus weißen angelsächsischen protestantischen, politisch konservativ eingestellten Männern, die der exklusiven National Academy of Sciences (NAS) sowie dem National Research Council (NRC) angehörten, einer im Ersten Weltkrieg zu Zwecken der Regierungsberatung gegründeten, in den 1930er Jahren jedoch weitgehend bedeutungslosen Unterorganisation der NAS. Ihre namhaftesten Mitglieder leiteten Universitäten oder bekleideten wichtige Posten in den führenden Unternehmen des Landes. Die Auffassungen dieser Männer über Gesellschaft und Wissenschaft waren elitär. Dem Historiker Daniel Kevles zufolge hingen sie dem Elitarismus der »besten Wissenschaft« an – der Überzeugung, dass Qualitätsstandards nur von den besten Wissenschaftlern gesetzt werden könnten (für die sie sich selbst hielten).⁴ Ihr Glaube an eine naturgegebene soziale Aristokratie sowie ihr Antisemitismus und Rassismus waren unterschiedlich stark ausgeprägt; die extremsten Ansichten vertrat Isaiah Bowman, Conant war meist am moderatesten.⁵

Zu den besonders einflussreichen Mitgliedern dieser Elitegruppe zählten der Physiker und Nobelpreisträger Robert A. Millikan, Präsident des

3 Lowen, *Cold War University*, S. 26, S. 31–35. Zu Conants Unterstützung von Roosevelt vgl. James G. Hershberg, James B. Conant, *Harvard to Hiroshima and the Making of the Nuclear Age*, New York 1993, S. 39.

4 Daniel J. Kevles, *The Physicists. The History of a Scientific Community in Modern America*, New York 1979, S. 41.

5 Alle diese Männer vertraten einen für ihre soziale Klasse typischen Antisemitismus; James Conant, der liberalste von ihnen, votierte beispielsweise für eine Quotierung jüdischer Studienanfänger und verurteilte Hitler nur zögerlich. Vgl. Hershberg, James B. Conant, S. 38f. Nach dem Krieg entwickelte er sich zum Fürsprecher einer Meritokratie (so wie er sie verstand). Vannevar Bush glaubte an die »Herrschaft der Wohlhabenden und Hochgebildeten« und hielt Afroamerikaner für weniger intelligent. Vgl. G. Pascal Zachary, *Endless Frontier. Vannevar Bush, Engineer of the American Century*, Cambridge, MA 1999, S. 65, S. 372. Isaiah Bowman war ein Eugeniker und laut Neil Smith davon überzeugt, dass »die sozialen Trennungen von Rasse und Klasse die Geltung natürlicher Trennungen besitzen«. Vgl. Neil Smith, *American Empire. Roosevelt's Geographer and the Prelude to Globalization*, Berkeley 2003, S. 246.

California Institute of Technology (CIT); Isaiah Bowman, Vorsitzender der American Geographic Society sowie des NRC und ab 1935 Präsident der Johns Hopkins University; der Physiker Karl Compton, Präsident des Massachusetts Institute of Technology (MIT) und Kuratoriumsmitglied der Rockefeller Foundation; Vannevar Bush, in den frühen 1930er Jahren Dekan des Fachbereichs Maschinenbau sowie Vizepräsident des MIT und in den späten 1930er Jahren Präsident des Carnegie Institute of Washington und Vorsitzender des NACA; der Chemiker und Harvard-Präsident James Conant sowie der Physiker Frank Jewett, Präsident der NAS und Direktor der Bell Labs von AT&T. Gesellschaftlich verkehrten sie alle als Mitglieder des exklusiven New Yorker Century Club miteinander.⁶

Als Bowman 1933 zum Vorsitzenden des National Research Council gewählt wurde, empfahl ihm Millikan, seinen Posten dazu zu nutzen, »eine neue Epoche in den Beziehungen zwischen den Männern der Wissenschaft und der Regierung zu eröffnen«.⁷ Dass Millikan – kein Anhänger einer starken Regierung – einen solchen Rat gab und Angehörige der Wissenschaftselite wie Bowman, Compton und Bush ihn befolgten, verweist darauf, dass die Depression ein günstiges Klima für Wissenschaftsförderung erzeugte. Die Ansichten dieser Männer über die Bundesregierung hatten sich keineswegs geändert. Vielmehr befürchteten sie, dass die von ihnen geschätzte Welt mitsamt ihren politischen und wissenschaftlichen Beziehungen vor Veränderungen stand, auf die sie Einfluss nehmen wollten, um ihre Überzeugungen und Institutionen so weit wie möglich zu verteidigen. Bowman, so sein Biograf Neil Smith, »erkannte pragmatisch die Notwendigkeit, mit dem Feind ins Bett zu gehen, [...] und war davon überzeugt, die Reinheit seiner Wissenschaft könne dies unbeschadet überstehen«.⁸

Bowman versuchte Millikans Rat ebenso zu befolgen wie Karl Compton, der Roosevelt und Mitglieder von dessen Kabinett in den 1930er Jahren unablässig drängte, eine Beziehung zwischen Bundesregierung und Wissenschaft herzustellen, die den Vorstellungen der Wissenschaftselite entsprach. So schlug er beispielsweise 1934 vor, das Innenministerium

6 Daniel Lee Kleinman, *Politics on the Endless Frontier. Postwar Research Policy in the United States*, Durham, NC, 1995, S. 56–59.

7 Zit. n. Smith, *American Empire*, S. 235.

8 Ebenda, S. 238. Diese Deutung steht im Gegensatz zu der von Kargon und Hodes, die Bowmans und Comptons Offenheit für »die neuen Ideen und Ansätze, die in Reaktion auf das Trauma ihrer Generation, die Große Depression, aufkamen«, überschätzen. Vgl. Robert Kargon/Elizabeth Hodes, Karl Compton, Isaiah Bowman, and the Politics of Science in the Great Depression, in: *Isis* 76 (1985), Heft 3, S. 300–318, hier S. 308.

solle im Rahmen seines Arbeitsbeschaffungsprogramms jährlich die gewaltige Summe von 15 Millionen Dollar – 75 Millionen Dollar über fünf Jahre verteilt – für die Wissenschaft bereitstellen; die Mittel sollten dem NRC zugewiesen werden, der sie dann an die »besten« Wissenschaftler vergeben würde. Comptons Vorschlag sah nicht vor, dass diese ihre Projekte selbst wählen würden. Auch wenn er vielleicht eine ungegänzelte Forschung im Sinn hatte, nannte er spezifische Forschungsbereiche – darunter Meteorologie und Stromübertragung über weite Distanzen –, die einen praktischen Nutzen versprachen.⁹

Es war jedoch eine andere, eher den Sozial- als den Naturwissenschaften entstammende Gruppe von Wissenschaftlern, die ein offenes Ohr bei der Regierung fand. Angeführt von dem Politologen Charles E. Merriam, zählten zu ihr unter anderem der Ökonom Wesley Mitchell und Frederic Delano, ein Stadtplaner und Onkel von Präsident Roosevelt. Als Anhänger des New Deal, als politisch Progressive, befürworteten sie staatliche Planung, eine sozioökonomische – und nicht nur technische – Herangehensweise an die Probleme der Nation, mehr Forschungsförderung in Bundeseinrichtungen sowie die Wahrung klarer Grenzen zwischen Regierung und Universitäten.¹⁰ Comptons Bemühungen blieben erfolglos. Mit Blick auf das Scheitern seines beharrlichen Versuchs, den Naturwissenschaftlern zu mehr Ansehen, Fördermitteln und Einfluss zu verhelfen, schrieb er im Frühjahr 1936 an Bowman: »Das Beste, was wir jetzt tun können, ist es, auf einen Wechsel in der Administration [des Präsidenten] zu warten und dann zu versuchen, eine sinnvolle Arbeitsbeziehung zwischen Regierung und zivilen Wissenschaftlern herzustellen.«¹¹

Die Forschungsförderung während des Krieges

Bowman und Compton mussten allerdings gar nicht auf einen Regierungswechsel warten; ihre Stunde war gekommen, als Roosevelt Ende der 1930er Jahre begann, Nation und Streitkräfte auf den Krieg vorzubereiten. Innenpolitisch hatte sich das Kräfteverhältnis bereits zu verschieben begonnen. Roosevelt machte »Zugeständnisse an konservative Kräfte« und war durchweg unwillig, die schwindende Gruppe von Liberalen in seiner

9 Vgl. Dupree, *Science*, S. 354.

10 Vgl. Joel Genuth, *Groping Towards Science Policy in the United States in the 1930s*, in: *Minerva* 25 (1987), Heft 3, S. 238–268.

11 Zit. n. Kargon/Hodes, *Karl Compton*, S. 318.

Administration zu verteidigen.¹² Compton und seinen Mitstreitern spielten diese Verschiebungen in die Karten.

Gemeinsam mit Jewett, Compton und Conant, die alle über »institutionalisierte wie informelle Kontakte« zu Bundesregierung, Industrie, Militär und natürlich Universitäten verfügten, entwickelte Vannevar Bush 1938 einen Plan zur Mobilisierung der Wissenschaft für den Krieg.¹³ Nach einem Treffen mit ihm nahm Roosevelt den Vorschlag, eine direkt dem Präsidenten unterstellte und aus dessen Sonderetat finanzierte Forschungsbehörde zu gründen, ohne viel Zögern an. Der so entstandene National Defense Research Council (NDRC) wurde von Bush geleitet und zählte unter anderem Conant, Compton, Jewett und den Physikochemiker Richard C. Tolman vom CIT zu seinen Mitgliedern.¹⁴ Ein Jahr später wurde das Office of Scientific Research and Development (OSRD) gegründet; es umfasste den NDRC und wurde direkt vom Kongress finanziert. Bush wurde Leiter des OSRD, Conant übernahm den Vorsitz des NDRC. So wie Roosevelt im Zuge der Mobilmachung für den Krieg weithin Apparate schuf, die »nur dem Namen nach staatliche Einrichtungen waren«, de facto nämlich von Vertretern der Wirtschaft kontrolliert wurden, wurde das OSRD von einer konservativen Wissenschaftselite beherrscht.¹⁵

Gewöhnlich heißt es, bei der Gründung des OSRD hätten die verantwortlichen Wissenschaftler umsichtig die Fehler des Ersten Weltkrieges vermieden. Anstatt Forschungen für den Krieg in Laboren der Regierung oder der Industrie und unter Aufsicht des Militärs durchzuführen – was die Wissenschaftler von ihren Universitäten abschnitt, sie in die unangenehme Position von Befehlsempfängern des Militärs brachte und gleichzeitig die Universitäten dringend benötigter Lehrkräfte beraubte –, habe das OSRD die Forschung an die Universitäten gebracht. So seien die Wissenschaftler Zivilisten geblieben und hätten in ihren eigenen Laboren arbeiten können; zwar hätten sie in Austausch mit dem Militär gestanden, seien dabei aber als wissenschaftliche Experten respektiert worden. Im Gegenzug hätten sie zugunsten eines höheren Ziels die Autonomie ihrer jeweiligen Disziplin geopfert und ihre Fähigkeiten den Problemen des Krieges gewidmet.

In Wirklichkeit war die Geschichte jedoch komplizierter. Erstens wurde ein Großteil der Forschung zwar tatsächlich an den Universitäten durch-

12 Alan Brinkley, *The End of Reform. New Deal Liberalism in Recession and War*, New York 1995, S. 143.

13 Kleinman, *Politics*, S. 58.

14 Außerdem gehörten dem NDRC der Leiter des Patentamtes und Vertreter der Navy und der Army an.

15 Brinkley, *The End of Reform*, S. 190.

geführt, die meisten vom OSRD geförderten Wissenschaftler – insbesondere Atomphysiker und Elektroingenieure – blieben allerdings nicht lange in ihren eigenen Laboren. Das OSRD baute rasch zentrale Labore auf, die für bestimmte technologische Probleme und Ziele zuständig waren. Anders als im Ersten Weltkrieg waren diese Forschungsstätten tatsächlich an den Universitäten angesiedelt oder wurden zumindest von ihnen verwaltet. Darin schlug sich vermutlich die Überzeugung von Bush und anderen nieder, dass sich die besten Wissenschaftler an den Universitäten fänden und diese – nicht staatliche Labore – der geeignete Ort für erstklassige Forschung seien. Allerdings ist anzunehmen, dass Bush und seine Mitstreiter dabei nicht nur ihrem Antietatismus und Elitarismus der »besten Wissenschaft« folgten, sondern auch das Schicksal ihrer Universitäten im Auge hatten. Denn als die USA 1941 in den Krieg eintraten, erkannten Universitätspräsidenten darin durchaus eine Gefahr für ihre Institutionen: Wie sollten die Universitäten weiter funktionieren, wenn Studenten freiwillig oder als Wehrpflichtige zum Militär gingen und Lehrkräfte in die militärische Forschung abwanderten? Die Verwendung von Mitteln des NDRC und OSRD für Forschungen an den Universitäten – auch für neue große Labore – linderte diese Sorgen.¹⁶

OSRD-Labore wurden allerdings nur an manchen Universitäten eingerichtet, die folglich die Hauptempfänger der Mittel waren. Diese begünstigten Universitäten waren ebenjene, denen die OSRD-Mitglieder selbst entstammten. An Karl Comptons MIT beispielsweise wurde ein Strahlungslabor für die Radarforschung aufgebaut; mit insgesamt 117 Millionen Dollar erhielt das MIT während des Krieges die größte Summe vom OSRD, mit der beinahe 4000 Mitarbeiter, darunter rund 1000 Akademiker (50 Prozent Physiker), bezahlt wurden; das California Institute of Technology (CIT), im OSRD durch Tolman vertreten, war mit knapp 83,5 Millionen Dollar der zweitgrößte Mittelempfänger; an dritter Stelle folgte die von Conant geführte Harvard University, die als Standort eines Forschungslabors für Funktechnik (zur Abwehr feindlichen Radars) rund 31 Millionen Dollar erhielt. Die Johns Hopkins University, geleitet von Bowman, verwaltete das Forschungslabor für Abstandszünder und war mit über 10,5 Millionen Dollar der sechstwichtigste Geldempfänger; Bushs Carnegie Institute of Washington kam an elfter Stelle.¹⁷ Nur acht

16 Lowen, *Cold War University*, S. 49.

17 Vgl. Roger L. Geiger, *Research and Relevant Knowledge. American Research Universities Since World War II*, New York 1993, S. 31; Kevles, *Physicists*, S. 307. Columbia erhielt mehr als 28,5 Millionen, die University of California über 14 Millionen und die University of Chicago 6,7 Millionen Dollar.

Universitäten erhielten während des Krieges die Hälfte aller Aufträge des OSRD.¹⁸

Die Ansiedlung der Labore folgte einer gewissen Logik; so verfügte etwa das CIT über eine starke Gruppe von Luftfahrttechnikern, die seit Langem für das NACA arbeiteten. Der Aufbau des Strahlungslabors am MIT war hingegen weniger zwingend und illustriert den Einfluss der Wissenschaftselite im OSRD und die Bedeutung persönlicher Kontakte. Als Leiter der OSRD-Abteilung Ortung betraute Compton seinen Freund Alfred Loomis mit der Forschung über Mikrowellenradar. Loomis, ein pensionierter Investmentbanker und Cousin ersten Grades von Kriegsminister Henry Stimson, war auch ein begabter Amateurphysiker und begeisterter philanthropischer Förderer des Berkeley-Physikers Ernest Lawrence, der einen unstillbaren Hunger nach Fördermitteln hatte, um immer größere Zyklotrone – seine Erfindung zur Beschleunigung aufgeladener Teilchen – zu bauen.¹⁹ Ende 1940 berief Loomis Lawrence in die OSRD-Abteilung für Mikrowellenforschung, wobei er hoffte, ihm später die Leitung eines geplanten Labors zu übertragen (das schließlich an Comptons MIT entstand). Lawrence, der gerade mitten in der Arbeit an einem neuen Zyklotron steckte, willigte zögerlich ein, das Personal für das Labor auszuwählen. Er entschied sich für seinen Freund Lee DuBridge, einen Physiker und Dekan der University of Rochester, als Laborleiter sowie für neun weitere Wissenschaftler, darunter Robert Bacher, Ed McMillan und Luis Alvarez, die er alle von Arbeiten an einem seiner Zyklotrone in Berkeley gut kannte. Dies ist nur eines von vielen Beispielen, das die Auffassung der Historikerin Carroll W. Pursell, Jr. illustriert, Bush und seine Kollegen im OSRD hätten »eine imposante Kette persönlicher und professioneller Patronage« geschmiedet: Sie ernannten ihre Freunde zu Leitern von Komitees, diese Freunde »ernannten wiederum ihre Freunde zu Leitern von Unterkomitees, und so ging es die Kette hinunter weiter«.²⁰

Für die beteiligten Wissenschaftler und Universitäten war dies der Beginn wunderbarer Zeiten. Der Krieg habe »Veränderungen bewirkt, die wir unter anderen Umständen niemals erlebt hätten«, meinte der Wissenschaftler Martin Kamen, der in Lawrences Labor in Berkeley an einem Zyklotron arbeitete, voller Anerkennung, nachdem dort mehrere Aufträge

18 Zachary, *Endless Frontier*, S. 248.

19 Vgl. J. L. Heilbron/Robert W. Seidel, *Lawrence and His Laboratory. A History of the Lawrence Berkeley Laboratory*, Bd. 1, Berkeley 1989, S. 471–493; Gregg Herken, *Brotherhood of the Bomb. The Tangled Lives and Loyalties of Robert Oppenheimer, Ernest Lawrence and Edward Teller*, New York 2002, S. 34.

20 Zit. n. Kleinman, *Politics*, S. 68f.

des NDRC eingegangen waren. Er konnte nun anschaffen, was immer das Labor benötigte, und er bestellte großzügig – unter anderem ein Gerät für 1000 Dollar, »vor allem aus Neugier, wie so ein Apparat aussieht«. ²¹

Auch die Universitäten, die größere Summen vom OSRD erhielten, zeigten sich dankbar – nicht nur für die Gelegenheit, etwas zur Kriegsanstrengung beizutragen, sondern auch (und vor allem) für die finanziellen Zuwendungen. So konnten sie ihre Wissenschaftler während des Krieges halten und darüber hinaus – so etwa das MIT, Harvard und das CIT – begabte Wissenschaftler aus ganz Amerika anziehen (die teilweise auch nach Kriegsende blieben). Ein beträchtlicher Bonus ergab sich daraus, dass das OSRD ihre Forschungen im Rahmen von Verträgen großzügig vergütete. Für den politisch konservativen Bush war der Vertrag ein beruhigendes Symbol des klassischen Liberalismus, zeugte er doch von einem freien Tausch (von Geld gegen Leistung) zwischen zwei Parteien und ließ jeden Hinweis auf Zwang oder gar Dienstbarkeit vermissen. In gewisser Hinsicht war ein Vertrag zwar restriktiver als ein Stipendium oder Zuschuss, da er festlegte, wofür der Käufer (das OSRD) bezahlte und ihm die Aufsicht einräumte. Bush führte jedoch spezielle Klauseln in die OSRD-Verträge ein, um die Vorteile für die Universitäten zu vergrößern. So bestimmte das OSRD beispielsweise Ende 1942, dass sie die Gehälter ihrer Fakultätsmitglieder bei der Regierung als direkte Forschungskosten geltend machen konnten. ²² Zudem gestattete Bush ihnen von Anfang an, der Praxis der Privatwirtschaft zu folgen und Fixkosten in Höhe von 50 Prozent ihrer direkten Forschungskosten bei der Regierung in Rechnung zu stellen.

Mitte 1943 geriet diese Regelung in die Kritik, als Beschwerden aufkamen, dass manche Universitäten zu hohe Fixkosten abrechneten und die entsprechenden Einnahmen auf Sonderkonten zu ihrer freien Verfügung verbuchten – 400000 Dollar im Fall des MIT, 238000 Dollar im Fall von Harvard. Ein vom OSRD beauftragter Finanzbeamter kam zu dem Ergebnis, die Verträge entsprächen dem »rechtlich unzulässigen Selbstkostenerstattungsvertrag«. Bush wies die Kritik zurück, räumte aber ein, manche Universitäten »könnten sich bei Kriegsende in einer besseren finanziellen Lage befinden«, was jedoch »durchaus wünschenswert« sei. ²³ Dank der Notsituation des Krieges war es Bush im Wesentlichen gelungen, jene Be-

21 Zit. n. Herken, *Brotherhood of the Bomb*, S. 37.

22 Lowen, *Cold War University*, S. 34, S. 56. Ausführlicher zur Attraktivität der Verträge: Larry Owens, *MIT and the Federal »Angel«: Academic R&D and Federal-Private Cooperation before World War II*, in: *Isis* 81 (1990), Heft 2, S. 188–213.

23 Zit. n. Lowen, *Cold War University*, S. 61.

ziehung zwischen Regierung und Wissenschaft herzustellen, die Compton und Bowman in den 1930er Jahren angestrebt, aber nicht erreicht hatten: Eine Wissenschaftselite kontrollierte Fördertöpfe des Bundes von gewaltigem Umfang. Während Bush sicherlich meinte, dass er die Bundesgelder mit Bedacht verteilte, war Harold Smith, Leiter des Bureau of the Budget – einer der letzten Bastionen des marktkritischen New-Deal-Liberalismus –, durchaus anderer Auffassung. Aus seiner Sicht bestand die Praxis des OSRD darin, »öffentliche Gelder zu scheffeln und zu verschwenden«, da »alle führenden Mitglieder des OSRD weiterhin von einem der großen Auftragnehmer beschäftigt werden« und kaum jemandem außerhalb des OSRD »die Gründe für die Auswahl der Auftragnehmer« bekannt seien.²⁴ Bush behielt während des Jahres 1944 ein wachsames Auge auf Smith und versuchte durchzusetzen, dass das Führungspersonal des OSRD vom gesetzlichen Verbot des »Selbstkontrahierens« ausgenommen würde.²⁵

Auch dachte er bereits an die Zeit nach dem Krieg. In Bushs Vision war die Wissenschaft auch in Friedenszeiten in einem Zustand permanenter Mobilisierung. Dies führte er in dem noch von Roosevelt in Auftrag gegebenen Bericht »Science – The Endless Frontier« aus, bei dessen Fertigstellung bereits Harry S. Truman die Präsidentschaft übernommen hatte. Bushs Vorschlag zur Gründung einer National Research Foundation (oder National Science Foundation [NSF], wie sie später genannt wurde) gilt heute als bedeutendes Ereignis in der Wissenschaftsgeschichte, sein Urheber als ein moderner Cincinnatus, forderte er doch, das OSRD bei Kriegsende unverzüglich aufzulösen²⁶ und durch eine gänzlich neue zivile Einrichtung zu ersetzen. Diese sollte die gesamte Wissenschaftsförderung der Regierung steuern, deren Mittel selbstverständlich nur für die »besten« Wissenschaftler vorgesehen waren – worüber die in der neuen Einrichtung tätigen Wissenschaftler entscheiden würden. (Ihr Jahresbudget sollte binnen fünf Jahren auf 125 Millionen Dollar wachsen.) Doch Bushs im Sommer 1945 gedrucktes Konzept stieß bei Truman, der sich von Smith bera-

24 Zachary, *Endless Frontier*, S. 234, S. 248.

25 Ebenda, S. 249.

26 Bush verfolgte dabei keineswegs uneigennütige Motive. Mit der Abwicklung des OSRD wollte er jegliche Untersuchung seiner Institution verhindern und zugleich seiner Forderung nach einer neuen ständigen Einrichtung Dringlichkeit verleihen. Noch während des Krieges begann er, OSRD-Verträge auf militärische und zivile Einrichtungen zu übertragen – sehr zur Verärgerung von Smith, der Truman dazu bewegte, Bush zur Fortführung des OSRD anzuweisen. Vgl. Zachary, *Endless Frontier*, S. 247f.

ten ließ, auf wenig Interesse.²⁷ Als ein Gesetzesentwurf für Bushs NSF in den Kongress eingebracht wurde, stellte Senator Harley Kilgore, ein Truman-Demokrat, einen Gegenantrag; nach langer Debatte wurden beide abgelehnt. Dieses Scheitern der NSF unmittelbar nach dem Krieg wird traditionell als Schlüsselmoment in der Wissenschaftsgeschichte gedeutet, da so ein Vakuum entstand, das die Streitkräfte füllen konnten – sie boten den Wissenschaftlern Förderung an und betrieben dergestalt eine Militarisierung von Wissenschaft und Universitäten.²⁸

Doch das Bild einer verpassten Gelegenheit entspringt Wunschdenken. Erstens sah Bushs Konzept zwar vor, die Mittelvergabe in die Hände von zivilen Wissenschaftlern zu legen, von einer Trennung zwischen NSF und Militär konnte jedoch kaum die Rede sein. Bush (der auf die Unterstellung der Streitkräfte unter ein neues Verteidigungsministerium hoffte, das er selbst übernehmen wollte) wies der NSF mehrere miteinander verbundene Aufgaben zu: Sie sollte Forscher an den Universitäten mit Bundesgeldern fördern, aber auch die Qualität der militärischen Forschung verbessern, langfristige Pläne für das Militär entwickeln und die Entscheidungsprozesse der Regierung optimieren.²⁹ Hätte die Legislative seine Vision verwirklicht, wären die akademischen Wissenschaftler durchaus mit militärisch relevanten Forschungen beauftragt worden, auch wenn ihre Interaktion mit dem Militär vermutlich durch die NSF vermittelt worden wäre.

Zweitens war Kilgores Vorschlag, der auf der Förderungswürdigkeit der Sozialwissenschaften beharrte und im Sinne der Gerechtigkeit vorsah, einen Teil der NSF-Mittel nach geografischem Schlüssel zu verteilen, im Geiste des New Deal gehalten – und der war Ende der 1940er Jahre so gut wie tot. Kilgores Antrag besaß keine realistische Aussicht auf Verabschiedung und kann somit schwerlich als verpasste Gelegenheit gewertet werden. Bushs Konzept wiederum war im Geiste der 1930er Jahre gehalten – er reformulierte Comptons Vorschläge, nun allerdings mit militärischer Akzentsetzung. Wenn darüber geklagt wird, dass Bush und Kilgore, hätten sie nur zusammengearbeitet, einen Kompromissentwurf durch den Kongress hätten bringen können, wird Bushs Feindseligkeit gegenüber seinem

27 Vgl. Nathan Reingold, Vannevar Bush's New Deal for Research: Or the Triumph of the Old Order, in: *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences* 17 (1986), S. 299–344, S. 312, und Zachary, *Endless Frontier*, S. 250f.

28 Reingolds Aufsatz steht stellvertretend für die Auffassung, Bushs gescheiterte NSF sei eine »verpasste Gelegenheit« gewesen; Kleinman sieht diese hingegen in dem nicht zustande gekommenen Kompromissentwurf; Kevles (*Physicists*, S. 344–348) würdigt den Ansatz von Kilgore.

29 Zachary, *Endless Frontier*, S. 221–228, S. 252–254.

Kontrahenten übersehen. Anstatt mit ihm zu kooperieren, nutzte er jede Gelegenheit zur Schwächung Kilgores, dessen New-Deal-Politik er für verkappten Linksradikalismus hielt.³⁰ Tatsächlich war der Konflikt zwischen ihren Visionen, an dem die Gründung einer NSF scheiterte, ein anachronistischer, eine Reprise der Auseinandersetzungen der 1930er Jahre. Doch die veränderte Situation in den 1940er Jahren nach dem Krieg bot diesem Konflikt keinen fruchtbaren Boden. Der politische Wille, eine zentrale Behörde für Wissenschaftspolitik und -förderung zu schaffen – oder auch nur ein Interesse daran –, war kaum noch vorhanden. Und das Militär hatte bereits vor Kriegsende an Plänen gearbeitet, wie es die Forschung an den Universitäten fördern könnte.

Die Wissenschaftselite der Kriegsjahre überlebte und schloss nun auch Juden (insbesondere J. Robert Oppenheimer) und andere Wissenschaftler ein, die durch ihre Arbeit am Manhattan-Projekt Aufmerksamkeit erlangt hatten. Sie beriet die Bundesregierung in den unmittelbaren Nachkriegsjahren bei einer Reihe von wissenschaftspolitischen Fragen, die meist Nuklearwaffen betrafen; sie trug auch dazu bei, den im Krieg entstandenen Universitätslaboren eine dauerhafte Grundlage zu verschaffen, und förderte mit ihren vielfältigen Kontakten die Zusammenarbeit von Privatstiftungen, Sozialwissenschaftlern und Staat im Rahmen von Institutionen, die sich Problemen des Kalten Krieges widmen sollten. Doch der Einfluss dieser Elite auf die Wissenschaftsförderung ging deutlich zurück. Die Wissenschaftsförderung des Militärs nach dem Krieg erfolgte durch Kanäle, die im und vor dem Krieg geschaffen worden waren. Oder, um eine Foucaultsche Metapher zu verwenden: Die Bundesgelder – und damit Macht und Einfluss – flossen nicht durch eine Hauptarterie, sondern durch Hunderte von Kapillaren aus Washington an die Universitäten.

Das Wissenschaftsförderungssystem der Nachkriegsära

Unter Historikern wird darüber debattiert, ob die Förderung durch das Militär der akademischen Wissenschaft im Kalten Krieg geschadet habe oder es den Wissenschaftlern – in unterschiedlichem Maße – gelungen sei, sich die Streitkräfte für ihre eigenen Zwecke zunutze zu machen.³¹ Bei-

30 Ebenda, S. 253f.

31 Wie die Forschungsförderung durch das Militär ein Wissenschaftsgebiet prägte, zeigt eingehend Paul Forman, *Behind Quantum Electronics: National Security as Basis for Physical Research in the United States, 1940–1960*, in: *Historical Studies in the Physical Sciences* 18 (1987), S. 149–229. Eine neuere Ar-

spiele lassen sich zweifellos für beide Standpunkte finden. Doch wenn Historiker zu klären versuchen, wer wen benutzte, übersehen sie, dass sich Wissenschaftler und Militärs ganz überwiegend in einer Win-win-Beziehung sahen, die vielleicht Kompromisse erforderte, aber auf gemeinsamen Zielen basierte.

Die amerikanischen Wissenschaftler stellten die akademisch-militärische Beziehung der Nachkriegsära meist nicht infrage, und zu erwarten, dass sie es taten oder hätten tun sollen, heißt ein Problembewusstsein zurückprojizieren, das erst viel später, in den 1960er Jahren, entstand. Für die selbstverständliche Kooperation mit dem Militär gibt es viele Erklärungen. Erstens hatten zahlreiche Akademiker den Gedanken einer Bundesförderung auch zuvor schon nicht abgelehnt. Die Wissenschaftselite der 1930er Jahre und der Kriegszeit, die eine Unterstützung durch die Bundesregierung nur unter ihrer eigenen Kontrolle oder gar nicht zulassen wollte, war weitaus konservativer als die meisten amerikanischen Wissenschaftler, in deren Reihen sich auch Liberale und Progressive befanden. Diese Wissenschaftler hatten keine Angst vor der Bundesregierung und waren nach dem Krieg dankbar für Forschungsgelder. »Nach unserer Ausbildung während der Depression«, erinnerte sich der Physiker Philip Abelson, »waren die Bundesmittel gar nicht schlecht.«³²

Zweitens erkannten viele Wissenschaftler an, dass jegliche Form von Wissenschaftsförderung eine gewisse Kompromissbereitschaft von ihnen verlangte. Auf der Suche nach Forschungsgeldern gingen beispielsweise einige Physiker der Stanford University in den 1930er Jahren eine Kooperation mit dem Unternehmen Sperry Gyroscope ein; im Gegenzug für eine großzügige Förderung mussten sie (widerwillig) Geheimhaltung praktizieren, die Kontrolle über ihr Labor aufgeben und dem Unternehmen Einflussnahme auf ihre Forschungsziele einräumen.³³ Etwas weiter im Norden, in Berkeley, stellte Ernest Lawrence sein Zyklotron für Krebstherapien zur Verfügung, um sich Zuwendungen von Philanthropen zu sichern; für die Behandlung von Patienten musste er seine Forschungen einen Tag in der Woche unterbrechen.³⁴ Im Gegensatz zu solchen Kom-

beit, die den Handlungsspielraum der Wissenschaftler betont, ist Jacob Hamblin, *Oceanographers and the Cold War. Disciples of Marine Science*, Seattle 2005.

32 Zachary, *Endless Frontier*, S. 234.

33 Lowen, *Cold War University*, S. 35–41.

34 Herken, *Brotherhood of the Bomb*, S. 20. Tatsächlich war Lawrence selbst an dieser Verwendung des Zyklotrons interessiert (ebenso wie sein Bruder John, ein Mediziner), er erkannte jedoch auch, dass »eine Anrufung der Muse der

promissen wurde die militärische Förderung nach dem Krieg, insbesondere die des Office of Naval Research (ONR), von den Wissenschaftlern als etwas erlebt, das praktisch keine Einschränkungen mit sich brachte.

Drittens büßten Bush und seine Mitstreiter zwar die Kontrolle über die Wissenschaftsförderung ein, die von ihnen entwickelten Mechanismen jedoch – insbesondere die Form des Vertrags – blieben in Gebrauch. Vor allem die Navy, die während des Krieges vom OSRD weitgehend ausgeschlossen war, wollte sich die Loyalität und Unterstützung akademischer Wissenschaftler sichern und bot großzügige Verträge an. Die Konditionen der Zusammenarbeit waren Wissenschaftlern und Universitäten somit bereits bekannt und schienen ihnen akzeptabel. Die Verträge der Nachkriegsära trugen auch zu einer Ausweitung der Graduiertenausbildung bei, da Professoren nun ihre Studenten für Forschungsarbeiten bezahlen konnten. (Und sie trugen generell zum Ausbau höherer Bildungseinrichtungen bei, etwa der Stanford University.³⁵)

Viertens ist bislang unterschätzt worden, wie sehr die Wissenschaftler die Ziele des Militärs teilten: In einer Nachkriegswelt voller Gefahren, in der die USA mit einem ernst zu nehmenden Feind konfrontiert waren, erschien ihnen die Stärkung der militärischen Macht Amerikas als eine Notwendigkeit. Wo Geringschätzung der militärischen Führung geäußert wurde, war dies weitgehend einem kulturellen Abgrenzungsbedürfnis geschuldet und kein Ausdruck ernsthafter Meinungsverschiedenheiten. Damit möchte ich nicht die reale Bedrängnis einiger Wissenschaftler herunterspielen, die aufgrund ihrer politischen Vergangenheit vom Staat – allerdings eher auf Initiative des FBI als des Militärs – mit Einschränkungen der Reisefreiheit und Sicherheitsüberprüfungen drangsaliert und bestraft wurden. Ebenso wenig sollten wir übersehen, dass in den unmittelbaren Nachkriegsjahren wichtige Debatten geführt wurden – etwa über die Frage, ob die Atomenergie dem Militär oder einer zivilen Regierungsbehörde unterstehen sollte, oder ob Forschungsergebnisse, die für die Atombombe von Belang waren, an die Sowjetunion weiterzugeben oder ihr vorzuenthalten seien. Beide Debatten entsprangen dem Anliegen einiger Wissenschaftler, einen atomaren Rüstungswettkampf abzuwenden.³⁶

Medizin« dazu »beitragen könne, die Rechnungen für seine Zyklotrone zu begleichen«. Ebenda, S. 17.

35 Zu der nicht nur in Stanford angewandten Praxis, die Mitarbeiterzahl zu vergrößern, indem Gehälter zur Hälfte durch Mittel aus Regierungsaufträgen finanziert wurden, vgl. Lowen, *Cold War University*, S. 104, S. 118, S. 152–154.

36 Jessica Wang, *American Science in an Age of Anxiety. Scientists, Anticommunism, and the Cold War*, Chapel Hill 1999.

Doch der Wille, ein Wettrüsten zu verhindern, ist nicht dasselbe wie Uneinigkeit über den Charakter des sowjetischen Kommunismus, so wenig das Wettrüsten – was Historiker häufig vergessen – dasselbe wie der Kalte Krieg ist. Der Kalte Krieg war ebenso sehr eine ideologische Schlacht wie ein potenzieller militärischer Konflikt. Er war gewiss von Atomwaffen geprägt, wurzelte aber in rivalisierenden Ansprüchen darauf, die politischen und ökonomischen Systeme vom Krieg verwüsteter Staaten und von Entwicklungsländern zu bestimmen. Die Meinungsverschiedenheiten, die in den späten 1940er Jahren unter Wissenschaftlern bestanden, betrafen Strategien, nicht die größeren Ziele. Ebendies machte die Kommunistenjagd zugleich absurd und verabscheuungswürdig. Im Wesentlichen standen doch alle auf derselben Seite.

Wichtig ist auch zu bedenken, dass die militärische Förderung ihrer Forschung im Kalten Krieg für manche Wissenschaftler nicht nur akzeptabel oder notwendig war, sondern auch als Aufwertung gesehen werden konnte. Der Gedanke, das höchste Gut für einen Professor bestehe darin, abgeschirmt von gesellschaftlichem und politischem Druck und nur dem Wahrheitsstreben verpflichtet seinen Forschungen nachzugehen, nahm sich angesichts der großen Ziele im Kalten Krieg antiquiert, ja egozentrisch aus, ob diese nun darin gesehen wurden, das Reich des Bösen durch Aufrüstung zu bezwingen, durch Reformen die Überlegenheit des amerikanischen Kapitalismus zu beweisen oder einen grundlegenden Wandel in der Dritten Welt zu fördern.

Fünftens bedeutete die militärische Patronage – die nicht der Kontrolle der alten Wissenschaftselite unterstand – im Vergleich zu den 1930er Jahren und auch zu dem nicht realisierten Modell der NSF, von dem Bush geträumt hatte, eine Demokratisierung der Wissenschaftsförderung. In der alten Ära floss das Geld an etablierte Wissenschaftler, die über ausreichend Reputation und professionelle Kontakte verfügten. Nun genügte es, wenn ein Wissenschaftler während des Krieges mehrere Jahre in einem vom OSRD geförderten Labor gearbeitet hatte, und es waren ihm Fördermittel für die eigene Forschung sowie die seiner fortgeschrittenen Studenten sicher. Auch der Rang der Universitäten hatte weniger Einfluss auf die Mittelvergabe als in den Vorkriegsjahren. Um ein Beispiel zu nennen: Die University of Minnesota, die vor dem Krieg wenig Fördergelder erhalten hatte, wurde unmittelbar nach dem Krieg zum Standort militärisch geförderter Forschungen über kosmische Strahlen. Diese Arbeiten führten Ende der 1940er Jahre zum Nachweis schwerer Kerne und begründeten den Ruf des Physikers Edward Ney, eines eben erst promovierten Assistenzprofessors, dem solche Forschungsmöglichkeiten und eine vergleichbare Karriere in einer anderen Ära zweifellos verwehrt geblieben

wären.³⁷ Wie Ney über die Ziele und die Wissenschaftsförderung des Militärs dachte, wissen wir nicht, aber es gibt keinen Hinweis darauf, dass er sie problematisch fand. Während des Krieges hatte er sich als Berater des Naval Research Laboratory betätigt, aus dem das ONR hervorging. Einige Physiker an seiner Universität hatten unterdessen an der Atombombe gearbeitet und beteiligten sich nach dem Krieg an der Erforschung kosmischer Strahlen, darunter Frank Oppenheimer, Joseph Weinberg, Edward Lofgren und Charles Critchfield, ein ehemaliger Student Edward Tellers. Sie alle wurden in den späten 1940er Jahren von A. O. Nier eingestellt, der selbst eine wichtige Rolle in der Forschung für die Atombombe gespielt hatte und bei Ende des Krieges über zahlreiche neue Kontakte verfügte.

Die Bedeutung solcher Kontakte aus der Zeit des Krieges kann gar nicht überschätzt werden. Sie waren die Grundlage, auf der Netzwerke zwischen Wissenschaftlern und militärischen wie industriellen Förderern geknüpft wurden. Diese Netzwerke verliefen quer zu den traditionellen Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Sektor und hatten zur Folge, dass sich deren Zuständigkeitsbereiche ausweiteten und überschnitten. Einige Wissenschaftler nutzten sie geschickt für etwas, das als »akademisches Unternehmertum« bezeichnet wird – ein Werben um Mittel für den Aufbau wissenschaftlicher Institutionen, das mit seinem Beigeschmack von Reklame der traditionellen akademischen Kultur zuwiderläuft.³⁸ Ich habe an anderer Stelle beschrieben, wie Frederick Terman zunächst als Dekan für Maschinenbau und später als Provost der Stanford University das Fördersystem der Nachkriegszeit dazu nutzte, die Universität zu einer Einrichtung mit außerordentlicher Reputation auszubauen und dabei eine private Institution von öffentlichen Geldern abhängig machte, indem er Wissenschaftler aufgrund ihrer Kontakte in die Fakultät holte und ihre Gehälter zur Hälfte aus Fördertöpfen und nicht dem Haushalt der Universität finanzierte.

So herausragend Termans Erfolg auch war, einzigartig war seine Nutzung dieser Netzwerke nach dem Krieg nicht. Netzwerke aus den Kriegsjahren führten beispielsweise auch dazu, dass die University of California (UC) einen Campus in San Diego gründete. Den Anstoß dazu gab das dort ansässige Unternehmen General Dynamics, das Aufträge vom Militär er-

37 Vgl. das Transkript von David DeVorkins Interview mit Edward Ney, Niels Bohr Library and Archives, New York, im Internet unter aip.org/history/ohilist/28322.html (8. 3. 2011).

38 Die Bezeichnung »academic entrepreneurship« wird von Historikern häufig verwendet. Vgl. etwa David Hollinger, *Academic Culture at the University of Michigan, 1938–1988*, in: David A. Hollinger, *Science, Jews, and Secular Culture*, Princeton 1996, S. 126, S. 142 (Anm. 22).

hielt. Um von Präsident Eisenhowers Vorstoß für die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie zu profitieren, stellte das von John Jay Hopkins geführte Unternehmen in den 1950er Jahren Frederic de Hoffman, einen Veteranen des Atombombenprojekts, als Leiter seiner Nuklearabteilung ein (aus der wenig später das Forschungsunternehmen General Atomics [G.A.] wurde). De Hoffman, der Hopkins von Gordon Dean, Direktor der Atomenergiebehörde und wenig später stellvertretender Präsident von General Dynamics, empfohlen worden war, sollte die Forscher für G.A. auswählen. Dabei kam er schnell auf den Gedanken, dass es für die Personalauswahl und die Forschungen des Unternehmens vorteilhaft wäre, wenn es in San Diego eine Forschungsuniversität gäbe.³⁹

Das kalifornische Parlament und die UC selbst planten angesichts des Bevölkerungswachstums in Kalifornien ohnehin einen neuen Campus; für den Standort San Diego sprach sich neben General Dynamics auch Roger Revelle aus, der das an die UC angeschlossene Scripps Institute of Oceanography (SIO) leitete und auf seine Ernennung zum Präsidenten der neuen Universität hoffte. So setzten sich Revelle und de Hoffman mit Unterstützung von UC-Präsident Robert Sproul gemeinsam für die Gründung der UC San Diego ein. General Dynamics stellte eine Million Dollar (beinahe acht Millionen Dollar in Preisen des Jahres 2010) als Startkapital zur Verfügung, um zunächst eine Kernfakultät von Physikern zu finanzieren – Revelle und de Hoffman schwebte ein Aufbau der Universität in mehreren Phasen vor, bei dem zwei Graduierteninstitute für Festkörper-, Kernstruktur- und Tieftemperaturphysik sowie Fluidodynamik, Aerodynamik und Festigkeitsberechnung den Anfang machen sollten.⁴⁰

Wie sehr es an einer Abgrenzung zwischen der entstehenden öffentlichen Universität und dem Privatunternehmen mangelte, zeigt ein Brief aus dem Jahr 1957 von Charles D. Wheelock, einem pensionierten Marineadmiral am SIO (das während des Krieges Forschungen im Auftrag des Militärs durchgeführt hatte), an Revelle. De Hoffman habe »Forschungs- und Seminarräume in einem der G.A.-Labore« angeboten, berichtete Wheelock, sei jedoch angesichts der stockenden Einstellung von Lehrenden »eindeutig besorgt«. Sowohl de Hoffman wie G.A.-Forschungsdirektor Edward Creutz (der ebenfalls am Manhattan-Projekt gearbeitet hatte) betrieben eine »aktive Anwerbung« von Wissenschaftlern für G.A. und

39 Robert W. Seidel, *Technology Transfer. Half-Way Houses*, Report No. 17, Center for National Security Studies, Los Alamos National Laboratory, Mai 1995 (im Internet verfügbar).

40 Vgl. A Program for the La Jolla Campus of the University of California, UCSD Archives, Collection 559, Box 1, Folder 10.

seien »für Informationen über die Leute, über ihre Fähigkeiten, Einstellungen und ihre Verfügbarkeit, eine Goldmine, die wir ausbeuten könnten«, schlug Wheelock vor. »Wenn sich ein Weg finden ließe«, so schloss er, »wie Creutz sowohl uns [die entstehende Universität] als auch General Atomic vertreten könnte, wäre er mit einer Doppelflinte ausgerüstet«, um Wissenschaftler zu rekrutieren.⁴¹

Dieser Brief verdeutlicht, wie verschwommen die Grenzen geworden waren. Wissenschaftler, Industrielle und ehemalige Admirale planten in Absprache miteinander die Kombination staatlicher und privater Gelder und die gemeinsame Nutzung von Personal und Laboreinrichtungen. Die akademischen Figuren in dieser Geschichte als »Unternehmer« zu bezeichnen, würde jedoch nicht adäquat erfassen, was dabei vor sich ging. Sicherlich hatten alle Beteiligten berufliche Ambitionen, manche von ihnen auch geschäftliche Interessen und vielleicht die Hoffnung, persönlich zu Reichtum zu kommen. Bemerkenswerter ist jedoch, wie die Akteure ein Verhalten an den Tag legten, das wir heute »Networking« nennen, ohne dass ihnen dies überhaupt beachtenswert erschienen wäre.⁴² Vor dem Krieg verkehrte eine kleine Wissenschaftselite ganz selbstverständlich mit Wirtschafts- und Regierungsvertretern, die sie aus Eliteclubs wie dem Bohemian Grove und dem New Yorker Century Club kannte. In den Nachkriegsjahren förderte die militärische Patronage dieses Verhalten bei einem anderen Kreis von Personen, die teilweise der alten Wissenschaftselite bekannt waren, sich aber vor allem untereinander oder durch Dritte kannten, da sie während des Krieges vom OSRD geförderte Forschungen betrieben hatten. Dieses Networking, das von gemeinsamen Zielen und persönlichen Ambitionen beflügelt wurde, führte ebenso zum Aufbau von Institutionen wie zum Aufbau von Raketensarsenalen. Es überschritt und verwischte Grenzen und schuf so ein ausgedehntes Geflecht, auf dem Amerikas militärisch-industriell-akademischer Komplex bis heute basiert.

Aus dem Englischen von Felix Kurz

41 Wheelock an Revelle, 29. 5. 1957, UCSD Archives, Collection 559, Box 1, Folder 1.

42 Wie wichtig ein solches Networking für die Karriere einiger akademischer Sozialwissenschaftler nach dem Krieg war, zeigt Ron Robin, *The Making of the Cold War Enemy. Culture and Politics in the Military-Intellectual Complex*, Princeton 2001, S. 37.

David C. Engerman

Die Ursprünge der amerikanischen Sowjetologie im Zweiten Weltkrieg

Die *area studies*, die amerikanischen Regionalwissenschaften, gewannen mit den weltweit zunehmenden amerikanisch-sowjetischen Spannungen der späten 1940er und frühen 1950er Jahre an Verbreitung. Sie verdankten ihre institutionellen Strukturen und Finanzierungsquellen jedoch nicht allein dem Kalten Krieg, sondern hatten ihre Wurzeln vor allem im Zweiten Weltkrieg. Die Regionalwissenschaften in den Vereinigten Staaten in ihrer gesamten Bandbreite zu erforschen, wäre ein ausuferndes Unternehmen. Stattdessen zeichnet der vorliegende Aufsatz ihre Genealogie anhand der Entwicklung der Sowjetologie nach – eines regionalwissenschaftlichen Zweigs, der als einer der ersten Früchte trug und am offenkundigsten mit der Geopolitik des Kalten Krieges verbunden war. Gezeigt wird, wie Auffassungen aus dem Zweiten Weltkrieg in die frühen *area studies* einfließen und dass deren Begründer mannigfache Ziele vor Augen hatten. Die Sowjetologie wies – wie später die Asien-, Nahost- und Lateinamerikawissenschaften auch – jene Verbindungen zum nationalen Sicherheitsapparat im Kalten Krieg auf, die in jüngerer Zeit kritisiert worden sind. Sie folgte jedoch auch intellektuellen und pädagogischen Programmatiken, die in kritischen Darstellungen der sogenannten »Kalte-Kriegs-Sozialwissenschaften« gemeinhin ausgeklammert bleiben.¹

Die wenigen Betrachter, die die Ursprünge der akademischen Regionalwissenschaften im Zweiten Weltkrieg ausmachen, weisen häufig darauf hin, dass das Office of Strategic Services (OSS) – der Vorgänger der CIA – nach 1945 gleichsam in den Elfenbeinturm transplantiert wurde. Auch der Charakter der frühen Sowjetologie – gemeint sind damit gewöhnlich ihre

1 Zur Kritik der frühen Regionalwissenschaften vgl. Sigmund Diamond, *Compromised Campus. The Collaboration of Universities with the Intelligence Community, 1945–1955*, Oxford 1992; Bruce Cumings, *Boundary Displacement. Area Studies and International Studies during and After the Cold War*, in: Christopher Simpson (Hg.), *Universities and Empire. Money and Politics in the Social Sciences during the Cold War*, New York 1998; Immanuel Wallerstein, *The Unintended Consequences of Cold War Area Studies*, in: Noam Chomsky u. a., *The Cold War and the University. Toward an Intellectual History of the Postwar Years*, New York 1997.

Verbindungen zum nationalen Sicherheitsapparat und ihr sozialwissenschaftlicher Schwerpunkt – wird von Kritikern wie Fans der Disziplin oftmals auf Institutionen des Zweiten Weltkrieges zurückgeführt. So hob beispielsweise der Präsidentenberater McGeorge Bundy, ehemals Dekan der Harvard University, den »eigentümlichen Umstand« lobend hervor, dass »das erste bedeutende Zentrum für Regionalwissenschaften« der Research and Analysis Branch des OSS gewesen sei.²

Tatsächlich beherbergte das OSS ein beeindruckendes Spektrum an Wissenschaftlern, die nach Weltregionen aufgeteilt waren: Lateinamerika, Europa/Afrika, Fernost und UdSSR. Ausgewählt wurden sie im Geiste der totalen Mobilmachung für den Krieg nach Maßgabe ihrer fachlichen Kompetenz. Das Ergebnis war, dass in den Rängen des OSS politische Heterodoxie anzutreffen war: Der Leiter der Abteilung UdSSR, Geroid Tanquary Robinson, war ein ehemaliger Radikaler aus dem New Yorker Greenwich Village, dessen Mitarbeiter sich in den 1930er Jahren vielfach ebenfalls in linken politischen Kreisen bewegt hatten; auch ein Kontingent der später so genannten der Frankfurter Schule, darunter Herbert Marcuse, wurde vom OSS beschäftigt. So wie der Geheimdienst politische Richtungen mischte, mischte er auch Disziplinen, indem er in seinen Abteilungen jeweils Politikwissenschaftler, Soziologen, Historiker und Ökonomen gemeinsam zu einer bestimmten Region arbeiten ließ.³ Da der Forschungsauftrag darin bestand, die militärische und wirtschaftliche Leistungskraft anderer Länder und ihre politische Stabilität einzuschätzen, war die sozialwissenschaftliche Analyse gegenwärtiger Ereignisse von größter Bedeutung. Der anwendungsorientierte Charakter der Arbeit des OSS, dessen Studien nicht von anderen Wissenschaftlern, sondern von Politikern gelesen wurden, erforderte einen interdisziplinären Ansatz; wie in einer Analyse angemerkt wird, waren die Endabnehmer der OSS-Berichte »nicht an der Definition von Grundregeln feinsäuberlich unterschiedener Sozialwissenschaften interessiert«, sondern an Analysen, die »sämtliche Disziplinen einbezogen«, um dringende taktisch-strategische Fragen zu

2 McGeorge Bundy, *The Battlefields of Power and the Searchlights of the Academy*, in: E. A. J. Johnson (Hg.), *The Dimensions of Diplomacy*, Baltimore 1964, S. 2.

3 Einen hervorragenden Überblick über das OSS bietet Barry Katz, *Foreign Intelligence. Research and Intelligence in the OSS, 1942–1945*, Cambridge, MA, 1989. Zu Robinsons Leben als Radikaler in Greenwich Village nach dem Ersten Weltkrieg vgl. David Engerman, *Modernization from the Other Shore. American Intellectuals and the Romance of Russian Development*, Cambridge, MA, 2003, S. 142–147; zu Marcuse vgl. Tim B. Müller, *Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg*, Hamburg 2010.

beantworten. Das Resultat war ein – zunächst für das Studium der UdSSR konzipiertes – interdisziplinäres Forschungsprogramm, das ein Historiker treffend als »Sozialwissenschaft in einem Land«⁴ bezeichnet hat. Folgt man einer häufig erzählten Geschichte, dann kehrten die OSS-Veteranen nach Kriegsende an ihre alten Universitäten und Fakultäten zurück und führten dort diesen erfolgreichen Ansatz ein.⁵ Diese Entstehungsgeschichte, derzufolge die Regionalwissenschaften direkte Abkömmlinge der Geheimdienstorgane waren, ist jedoch in vieler Hinsicht irreführend. Zwischen dem OSS-Modell und den wenig später aufkommenden akademischen Programmen bestanden signifikante Unterschiede. Die Universitäten erweiterten die Definition der *area studies*, die nun neben der Forschung auch die Ausbildung einer neuen Generation von Experten umfassten.⁶ Da sich die akademischen Regionalwissenschaften – einschließlich der Sowjetologie – auf die Lehre konzentrierten, hatten sie einen anderen Charakter als die Arbeit im OSS.

Tatsächlich waren Ausbildungsprogramme aus den Kriegsjahren mindestens ebenso sehr ein Modell für die Sowjetologie wie das OSS. Was Form, Inhalt und Lehrkörper betraf, war sie in der ersten Nachkriegsdekade (wie die Regionalwissenschaften insgesamt) vom Erbe dreier miteinander verbundener Unternehmungen geprägt: den Programmen der Streitkräfte einerseits und denen der Rockefeller Foundation sowie der von ihr geförderten Einrichtungen andererseits. Alle drei unterschieden sich vom OSS auch darin, dass sie auf akademischen Experimenten der Zwischenkriegszeit aufbauten.

Zwei der regionalwissenschaftlichen Ausbildungsprogramme während des Krieges wurden von den Streitkräften betrieben, waren aber an den

4 Katz, *Foreign Intelligence*, Kapitel 5. Betty Abrahamsen Dessants, *The American Academic Community and United States-Soviet Relations. The Research and Analysis Branch and Its Legacy, 1941–1947*, Ph.D. Dissertation, University of California, Berkeley 1995; Richard Hartshornes Memorandum von 1942 wird auf S. 49f. zitiert.

5 Philip E. Mosely, *The Growth of Russian Studies*, in: Harold H. Fisher (Hg.), *American Research on Russia*, Bloomington 1959, S. 7f.; vgl. auch die in Anm. 1 genannten Titel.

6 Neue Wissenschaftler auszubilden, war natürlich nicht nur in den *area studies* ein dringendes Erfordernis. Wie David Kaiser in einem sehr instruktiven Aufsatz argumentiert, prägte es nach dem Krieg den Inhalt der Physik, dass nicht etwa physikalisches Wissen, sondern Physiker als das wesentliche »Produkt« der Fakultäten galten. David Kaiser, *Cold War Requisitions, Scientific Manpower, and the Production of American Physicists after World War II*, in: *Historical Studies in the Physical and Biological Sciences* 33 (2002), S. 131–159.

Universitäten angesiedelt: die Sprachunterricht und Landeskunde verknüpfenden Kurse der Army und der Navy. Dabei gliederte sich das Angebot der Army in das Army Specialized Training Program (ASTP) für einfache Soldaten und das Civil Affairs Training Program (CATP) für Offiziere. Das ASTP war wesentlich größer und breiter angelegt; der Unterrichtsstoff der mehr als 150 Kurse, die von rund 60 000 Angehörigen der Streitkräfte besucht wurden, reichte von Medizin über Maschinenbau bis Psychologie. ASTP-Kurse über Fremdsprachen und Regionalwissenschaften wurden an 19 amerikanischen Universitäten angeboten, die hierfür neben Fakultätsmitgliedern auch zahlreiche Emigranten als Lehrpersonal einsetzten. In den Slawistikkursen wie denen über andere Weltregionen entfiel etwa die Hälfte der Unterrichtsstunden auf Sprachunterricht und die andere Hälfte auf Literatur, Geschichte, Kultur sowie aktuelle wirtschaftliche und politische Ereignisse. Eine ähnliche Mischung aus Sprachunterricht und Landeskunde herrschte in den CATP-Kursen vor.⁷

An der Oriental Languages School (OLS) der Navy, die fern der Küste an der University of Colorado beheimatet war, wurden während der kurzen Zeit ihres Bestehens rund 200 Offiziere unterrichtet. Obwohl ihre russische Abteilung klein war, lernten dort wenigstens drei spätere Wissenschaftler Russisch: der Historiker Martin Malia, der Literaturwissenschaftler Hugh McLean und der Psychologe Raymond Bauer. (Beunruhigend und leidvoll war dagegen die Laufbahn eines anderen OLS-Schülers: William Remington wurde von der »Roten Spionagekönigin« Elizabeth Bentley der Spionage beschuldigt, wegen Meineids zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und von Mithäftlingen ermordet.) Der Sprachunterricht an der OLS unterschied sich nicht nennenswert von dem des ASTP, allerdings wurde weniger Zeit auf regionalwissenschaftliche Themen verwandt.⁸

7 Oleg A. Maslenikov, *Slavic Studies in America, 1939–1946*, in: *Slavonic and East European Studies* 25 (April 1947), S. 531f.; A. E. Sokol, *The Army Language Program*, in: *Journal of Higher Education* 17 (Januar 1946), S. 9–16; Lawrence G. Thomas, *Can the Social Sciences Learn from the Army Program*, in: *Journal of Higher Education* 17 (Januar 1946), S. 17–25; William N. Fenton, *Reports on Area Studies in American Universities*, Washington 1945.

8 Zur Oriental Language School vgl. A. E. Hindmarsh, *The Navy School of Oriental Languages. History, Organization, and Administration* (ca. Mai 1945), Appendices 36–37, University of Colorado Archives. Vgl. auch William Nelson Fenton for the Commission on Implications of Armed Services Educational Programs, *Area Studies in American Universities*, Washington 1947. Zu Remington vgl. Gary May, *Un-American Activities. The Trials of William Remington*, Oxford 1994.